

Weltwoche etc. 2023-18 und -19 - zusammengestellt von Dr. H. Pöltelt*

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

aus persönlichen Gründen muss ich dieses Mal die Informationen jenseits des Mainstreams in eine Doppelnummer verpacken.

Der Energie-Experte Heinrich Duepmann informiert über die komplexen Herausforderungen rund um die geplante Wasserstoffwirtschaft. Ist diese nicht mehr als eine Illusion?

Die Energiewende in Deutschland ist abhängig von Schweizer Notstromlieferungen. Jetzt wollen wir mit dem Klimagesetz die Fehler unseres Nachbarn wiederholen.

Nicht die ethnische Herkunft, sondern die Bildungsleistung ist entscheidend. 2010 hatte Tilo Sarrazin in seinem Buch «Deutschland schafft sich ab» die Ursachen für den Verfall der Bildungsleistung analysiert und die Fortsetzung dieses Negativtrends prognostiziert.

Die Schweiz hat seit 1850 nicht einmal 0,002 Grad zur globalen Erwärmung beigetragen. Der Nutzen von «netto null» ist – null. Das gilt gleichermaßen auch für Deutschland.

Bundesminister Robert Habeck regiert in seiner historische Klima-Mission wie ein Autokrat. Er ignorierte hunderte Experten-Einsprüche gegen den „Heizungs-Hammer“. Auch Warnungen vor Preisexplosion ignorierte er. Forderungen nach stärkerer sozialer Abfederungen blieben unberücksichtigt. Hinweise auf Umsetzungsprobleme wegen fehlenden Materials und Mangel an Fachkräften schlug das Ministerium in den Wind.

Reto Knutti, Forscher an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich missbraucht sein Amt an einer staatlich finanzierten Hochschule, um die Abstimmung über das Klimaschutzgesetz zu beeinflussen.

Sahra Wagenknecht legte ihre Vision für Deutschland in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag dar. Sie lautet: Frieden, Freiheit, Wohlstand für alle.

Václav Klaus, Tschechiens früherer Präsident, ist einer der ganz grossen Liberalen Europas. Er erlebte den Kommunismus, sah den Fall des Eisernen Vorhangs und führte sein Land in die EU. Heute kritisiert der Freiheitskämpfer die Gleichmacherei in der Union, wendet sich gegen westliche Kriegstreiberei um die Ukraine und warnt vor woken Konservativen.

Polen bemüht sich derzeit intensiv, Russland zu einem Angriff zu provozieren, um sich mithilfe der Nato in einem Dritten Weltkrieg an dem Land zu rächen.

Klimakleber brauchen Staatsbürgerkunde, meint DWN-Kolumnist Ronald Barazon und bleibt trotz aller Mängel ein Verfechter der Demokratie. Seine Kritik gilt den vermeintlichen Demokraten, die sich gebärden wie Untertanen.

Mit freundlichen Grüßen und Freude beim Gewinnen neuer An- und Einsichten

Dr. Helmut Pöltelt

*: neu sortiert in eine pdf-Datei von Dr. M. Lindner

Inhaltsverzeichnis

S.2 «Wir brauchen mehr Realpolitik» - Václav Klaus, Roger Köppel

S.5 [Abstieg im Land der Tüftler und Denker](#) - Nicht die ethnische Herkunft, sondern die Bildungsleistung ist entscheidend. - von Thilo Sarrazin

- S.6 [Habecks historische Klima-Mission: Er regiert wie ein Autokrat](#) - pleiteticker.de, Ralf Schuler
S.8 [Meine Vision für Deutschland - Frieden, Freiheit, Wohlstand für alle](#) - von Sahra Wagenknecht
S.12 [Eine schrecklich nette Familie](#) - von Oliver Stock
S.14 [Klimakleber brauchen Staatsbürgerkunde](#) - von Ronald Barazon
S.18 [Klimapopulist Knutti](#) - von Hans Rentsch
S.19 [Schweizer Strom für deutsche Träume](#) - von Hubert Mooser
S.21 [DWN Exklusiv: Ist Deutschlands Wasserstoff-Wirtschaft nur eine Illusion?](#) - Nicolas Dvorak im Interview mit Heinrich Duepmann (NAEB Vorsitzender)
S.27 [Die wichtigste Zahl zum Klimagesetz](#) - von Philipp Gut
S.28 [Rache an Russland: Polen will Dritten Weltkrieg provozieren](#) - von Ronald Barazon

«Wir brauchen mehr Realpolitik»

Václav Klaus, Tschechiens früherer Präsident, ist einer der ganz grossen Liberalen Europas. Er erlebte den Kommunismus, sah den Fall des Eisernen Vorhangs und führte sein Land in die EU. Heute kritisiert der Freiheitskämpfer die Gleichmacherei in der Union, wendet sich gegen westliche Kriegstreiberei um die Ukraine und warnt vor woken Konservativen.

von Roger Köppel

Budapest

Am Ufer der Donau steht der «Wal», ein grosses Moby-Dick-förmiges Konferenzgebäude, in dem jetzt die Konservativen aus den USA und aus Europa tagen. Zum zweiten Mal organisiert die regierende Fidesz-Partei von Ministerpräsident Viktor Orbán in Ungarn dieses Zusammentreffen der Republikaner, die «Conservative Political Action Conference» (CPAC) der Amerikaner. Es ist auffällig, dass der Name Trump an diesem sonnigen Konferenztag kaum fällt. Man beschwört die gemeinsamen Werte des Westens, die Freiheit, die Familie, die Eigenverantwortung gegen das Unheil der Linken, der Grünen, der Sozialisten, der politisch Korrekten, die die Redner allesamt unter dem Kampfbegriff «woke» zusammenfassen. Ich halte auch eine Rede, allerdings störe ich etwas das Einvernehmen unter Gleichgesinnten. Das Bashing der woken Linken und Grünen hier ist mir zu billig. Die Linken waren immer schon woke. Viel mehr beunruhigen mich die woken Konservativen, die rechten Frömmel, die statt Konflikten nur Kreuzzüge und statt Kompromissen nur religiöse Kriege sehen.

Meine Rede kommt erstaunlich gut an. Viele Amerikaner fragen mich nachher, wen ich konkret gemeint habe. Ich verweise auf die Neocons in Washington, die jetzt auch hinter dem absurden, neuen, leider nicht nur kalten Krieg gegen Russland und China stehen. Ein junger Republikaner sagt mir, den Voldemort der USA doch noch ansprechend, mit Trump im Weissen Haus wäre das alles nie passiert und würde wohl auch sofort beendet werden. Mal sehen. Einer, der mir als Erster gratuliert, ist Václav Klaus, eine Legende der Politik, begleitet von seiner wunderschönen Partnerin Andrea. In seiner Rede nannte Viktor Orbán den früheren tschechischen Präsidenten «den weisesten Mann Europas». Er riet allen Politikern, Václav Klaus in Prag zu besuchen, den liberalen Ökonomen, der unter den Kommunisten die Stellung hielt, verfolgt wurde, nach der Wende Minister wurde, dann Premierminister und schliesslich Präsident.

Václav Klaus, 81, ein grosser Europäer, führte sein Land in die EU, sieht die Union heute aber als Gefahr für Europa, weil sie die Vielfalt opfere auf dem Hochaltar einer verfehlten und



gefährlichen «Unifizierung». Gegen die neuen Sozialisten der Apokalypse, sei es Corona oder Klima, verteidigt Klaus die Freiheit gegen den Moloch eines wachsenden Staates. Besonders interessant ist seine Kritik an den westlichen Kriegstreibern im Konflikt um die Ukraine. Ausgerechnet er, der tschechische Freiheitsheld, der Liberale, der Freund der Amerikaner, unterdrückt und geknechtet von den russisch gesteuerten Kommunisten in Prag, wendet sich gegen Putin-Bashing und falsche historische Analogien. Wir beginnen das Interview. Und wer mit Präsident Klaus redet, diesem grossen Europäer, der so viel erlebt hat, lernt das Wichtigste: Freiheit heisst Widerspruch.

«Woke ist eine Art Molotowcocktail fürchterlicher Ideologien, die geeignet sind, den Westen wegzuzüchten.»

Weltwoche: Präsident Klaus, was halten Sie von dieser Konferenz?

Václav Klaus: Das ist eine Konferenz, die vor allem von Ungarn und Amerikanern besucht wird. Darum habe ich mit grossem Interesse Ihrer Rede gelauscht, Herr Köppel. Sie brachten eine Sicht von aussen ein und haben gegen Ende Ihrer Ausführungen einen interessanten Punkt gemacht. Sie sagten, die woke-Linken beunruhigten Sie weniger als die woke-Rechten. Das gab zu reden, vor allem auch bei den Amerikanern im Publikum, die Sie damit wohl gemeint haben. Und ich darf sagen, dass ich mit Ihrer Analyse einverstanden bin.

Weltwoche: Was läuft heute falsch in den USA? Wir sind ja beide Bewunderer dieses Landes mit seiner grossartigen Freiheitstradition.

Klaus: Das ist richtig. Ich war Ökonomie-Professor in der kommunistischen Tschechoslowakei und ein Anhänger der freiheitlichen Chicagoer Schule der Ökonomie, was natürlich nicht gern gesehen wurde. Ich galt als antisozialistisch, antimarxistisch, anti-was-auch-immer. Mit dem Prager Frühling von 1968, als die sowjetischen Panzer die tschechoslowakische Freiheitsbewegung niederwalzten, wurden die USA für mich zum Sehnsuchtsort schlechthin. Das ist heute anders. Die USA haben sich verändert, leider nicht zum Guten. Für jemanden, der in den USA einst die Flamme der Freiheit sah, ist das eine deprimierende Entwicklung.

Weltwoche: Was ist aus Ihrer Sicht falsch gelaufen? Wann sind die USA falsch abgebogen?

Klaus: Ich habe ein Buch veröffentlicht: «Brave New West». Der Titel ist eine Anspielung auf «Brave New World», die Dystopie von Aldous Huxley. In meinem Buch fasse ich diese Entwicklung unter dem Begriff «woke» zusammen. Man könnte es auch Moralismus nennen. Gemeint ist eine Art Molotowcocktail fürchterlicher Ideologien, die geeignet sind, die mentale und institutionelle Struktur des Westens wie Säure wegzuzüchten. Was wir einst für selbstverständlich hielten, ist auf einmal gefährdet: die Meinungsfreiheit, die Eigentumsrechte, die Demokratie.

Weltwoche: Woher kommt diese Tendenz des Menschen, aus allem eine Religion zu machen? Ich dachte bisher, vor allem die Deutschen seien in dieser Hinsicht gefährdet.

Klaus: Ich wünschte, ich wüsste es. Was ich sagen kann: Der Westen hat die woke-Kultur nicht importiert, sondern selbst geschaffen.

Weltwoche: Ein Aspekt dieses Phänomens ist die woke-Aussenpolitik. Auch Konservative lassen sich dazu hinreissen und machen aus jedem Interessengegensatz zweier Staaten eine Frage von Gut und Böse. Man sieht sich im Bund mit Gott und zieht in Kriege gegen Andersdenkende wie einst die Kreuzritter im Mittelalter. Wohin führt das noch? Schlafwandeln wir in eine absurde Version des Kalten Kriegs? In einen dritten Weltkrieg?

Klaus: Ich stimme Ihrer Analyse der woke-Aussenpolitik zu. Wohin das führt, ist unabsehbar. Sicher ist: Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine ist auch ein Krieg zwischen dem Westen und Russland.

Und über dessen Ende wird in Washington entschieden. Weil Präsident Biden im November 2024 nochmals zur Wahl antreten will, wird er den Krieg wohl weiterlaufen lassen. Jetzt einen Frieden zu machen, wäre für ihn vermutlich zu kompliziert. Ich bedaure das sehr. Zu den Opfern des Kriegs gehört auch unsere Diskussionskultur. Man darf nichts mehr kritisieren. Kaum jemand redet mehr von der falschen Migrationspolitik, von der verhängnisvollen Klimapolitik. Alle haben sich einzureihen.

Weltwoche: Sogar Leute wie Amerikas Elder Statesman Henry Kissinger werden niedergemacht, wenn sie für eine diplomatische Lösung des Ukraine-Konflikts plädieren.

Klaus: Er wird am 27. Mai hundert Jahre alt. Ich organisiere zu seinen Ehren eine kleine Konferenz in Prag. Es ist ein Versuch, seine Politik des aussenpolitischen Realismus wieder bekannter zu machen.

Wir brauchen dringend mehr Realpolitik, vor allem in den USA. Über die EU möchte ich in diesem Zusammenhang gar nicht reden.

Weltwoche: Ich habe Kissinger dieses Jahr am World Economic Forum [WEF] erlebt. Er war die einzige vernünftige Stimme dort.

Klaus: Ich besuchte das WEF sechs Wochen nach dem Ende des Kommunismus zum ersten Mal. Ich war wohl als so eine Art Kronzeuge der Freiheit geladen. Die Diskussionen eröffneten mir neue Horizonte, und ich reiste in der Folge jedes Jahr nach Davos – insgesamt siebzehnmals, glaube ich. Bei meinen letzten paar Besuchen hatte ich das Gefühl, das WEF entwickle sich in eine falsche Richtung. Ich schrieb darüber in einer tschechischen Zeitschrift einen Artikel mit dem Titel «Homo Davosensis». WEF-Chef Klaus Schwab muss davon gehört haben. Jedenfalls wurde ich seither nie mehr eingeladen.

«Wir erleben den Versuch, alles zu vereinheitlichen, alles unter ein Joch zu zwingen.»

Weltwoche: Sie sagten, Sie wollten über die EU eigentlich gar nicht reden. Leider kann ich Ihnen das Thema nicht ganz ersparen. Ich traf kürzlich Präsident Orbán zum Interview. Er sagte, die EU habe im Ukraine-Konflikt noch 2014 und 2015 eine wichtige Rolle gespielt, nach der Krimkrise, als in Minsk die Friedensabkommen verhandelt wurden. Heute sei die EU kein Machtfaktor mehr. Meine spontane Antwort darauf lautete, das liege an der EU selbst. Sie schwäche die alten, stolzen Nationalstaaten, ohne etwas Gleichwertiges an ihre Stelle zu setzen. Europa sei verschwunden. Was halten Sie von dieser These?

Klaus: Zunächst protestiere ich immer, wenn EU und Europa gleichgesetzt werden. Natürlich gibt es immer noch eine europäische Kultur. Aber politisch ist der Kontinent geschwächt, keine Frage. Und das liegt zweifelsohne an der EU. Verstehen Sie mich bitte richtig: Ich bin kein Gegner der europäischen Zusammenarbeit. Ich reichte als Ministerpräsident das EU-Beitrittsgesuch der Tschechischen Republik ein und unterzeichnete als Staatspräsident das Beitrittsprotokoll. Leider hat sich die EU nicht wie erhofft entwickelt. Wir erleben den Versuch, alles zu vereinheitlichen, alles unter ein Joch zu zwingen. Das hat die Stimme Europas zum Schweigen gebracht.

Weltwoche: Was können Konservative dagegen tun?

Klaus: Erstens einmal müssen wir das Timing im Griff haben. Umgelegt auf die Sowjetunion: Stehen wir im Jahr 1987 oder 1953? Ist das Ende nah oder fern? Ich glaube, wir stehen erst am Anfang. Diese fehlgeleitete EU wird nicht morgen oder übermorgen überwunden sein. Was also tun? Als ehemaliger Minister- und Staatspräsident kann ich die Leute schlecht dazu aufrufen, in den Strassen zu revoltieren. Ich kann nur jedem, der meine Problemanalyse teilt, raten, in politischen Parteien mit vernünftiger Zielsetzung mitzumachen.

Weltwoche: Gibt es für Sie heute unter Europas Politikern einen Hoffnungsträger?

Klaus: Einzig meinen Freund Viktor Orbán. Sonst sieht es düster aus. Die CDU nennt sich zwar konservativ, ist aber inzwischen das Gegenteil davon. Was mir Hoffnung macht, sind die Politiker der zweiten und dritten Reihe. Ich lerne immer wieder gute Leute kennen.

Weltwoche: Wo sehen Sie Europas Rolle in der Welt? Soll der Kontinent, mit Goethe gesprochen, ein west-östlicher Diwan werden, eine Brücke der Verständigung in einer Welt, die zunehmend multipolar geprägt ist?

Klaus: Das halte ich für einen guten Vorschlag. Die multipolare Welt ist eine Tatsache. Das haben sich die Amerikaner auch selbst zuzuschreiben, weil sie in den letzten dreissig Jahren ihre Stellung als Hegemon missbraucht haben. Sie sind nicht mehr automatisch das leuchtende Vorbild aller aufstrebenden Nationen.

Weltwoche: Zum Schluss: Welche Botschaft ist Ihnen die wichtigste?

Klaus: Ich möchte mit Karl Popper antworten: «**Optimismus ist Pflicht**».

Weltwoche: Herr Präsident, ich danke Ihnen für das Gespräch.

xxx

Abstieg im Land der Tüftler und Denker

Nicht die ethnische Herkunft, sondern die Bildungsleistung ist entscheidend.

Thilo Sarrazin



Vor einigen Tagen stieg ich morgens um elf Uhr am Bahnhof Zoo aus der U-Bahn-Station ans Tageslicht, um über den Breitscheidplatz zum Kurfürstendamm zu gehen. Mein Blick traf durch eine Fensterfront auf mir unbekannte Automodelle. Das dort angesiedelte Schuhgeschäft war verschwunden, der Berliner Flagship-Store von Görtz war der Einzelhandelskrise zum Opfer gefallen. Ich trat näher, das Kind im Manne wurde wach. Ein freundlicher junger Mann erspähte mich durch die Panoramasscheibe, eilte hinaus, und unversehens sass ich im ET7, dem Spitzenmodell des chinesischen Autoproduzenten Nio, auch die anderen beiden ausgestellten Modelle, SUV und Mittelklasse, probierte ich aus. Verarbeitung vom Feinsten, und durch das Batteriewechselkonzept des Herstellers schien auch das Ladeproblem lösbar. Die Leasing-Konditionen mit Servicepaket waren sehr ansprechend.

Ich hatte mir ja fest vorgenommen, unseren zehn Jahre alten dieselgetriebenen BMW-SUV noch für zehn Jahre weiterzufahren. Bei sechs Liter Verbrauch ist der Betrieb auch dann noch günstig, wenn künftig steigende CO₂-Abgaben den Liter-Preis auf drei Euro treiben. Und 900km Reichweite – ohne Tankpause von Berlin nach Zürich – sind auch nicht zu verachten.

Als ich den Nio-Showroom verliess, war mir gleichwohl klargeworden, wie schwer es die deutsche Autoindustrie künftig haben wird: Ohne Verbrennungsmotor hat sie keinen technischen Vorsprung mehr. Der Schwerpunkt der Wertschöpfung verlagert sich in Richtung Batterie und Elektronik, also dahin, wo China und die USA besonders stark sind: Wird es den deutschen Autoherstellern so ergehen wie den britischen vor sechzig Jahren?

Optimisten setzen Vertrauen in deutschen Einfallsreichtum. Ich möchte das gerne glauben.

Und es ist ja nicht das einzige Problemfeld: In der Kernenergie hat sich Deutschland, einst weltweit führend, selbst aus dem Spiel genommen. In der Grundstoffindustrie und bei allen energieintensiven

Produktionen fehlt es zunehmend an sicher verfügbarer preisgünstiger Energie, der Standort wackelt. Kann die deutsche mittelständische Industrie das alles auf die Dauer ausgleichen?

Die Optimisten setzen ungebrochenes Vertrauen in deutschen Einfallsreichtum und Tüftlergeist, und auch ich möchte das gerne glauben. Schön und anheimelnd ist die Idee, dass der wichtigste natürlich nachwachsende Rohstoff für die deutsche Wirtschaft die geistigen Gaben der Kinder und Jugendlichen sind, die in unseren Kindergärten und Schulen heranwachsen und sodann an den deutschen Universitäten auf internationales Höchstniveau getrimmt werden. Da macht es auch nichts, dass mittlerweile 40 % der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund haben, während der Anteil der «Bio-Deutschen» fortlaufend sinkt. Entscheidend ist doch nicht die ethnische Herkunft, sondern die Bildungsleistung!

Richtig, die Bildungsleistung ist entscheidend, und an genau diesem Punkt sollten die Alarmsirenen schrillen. Aus Pisa 2018 ergibt sich, dass in den Ländern Ostasiens der Anteil der Schüler mit Spitzenleistungen in Mathematik und Naturwissenschaften rund dreimal so hoch liegt wie in Deutschland.

Kürzlich machte die Meldung die Runde, dass an einer Grundschule in Ludwigshafen ein Drittel der Kinder das erste Schuljahr wiederholen muss, weil es an elementaren Voraussetzungen fehlt. Dabei sind unter den Ursachen sozialer Hintergrund, ethnische Herkunft und Migrationsgeschichte untrennbar vermischt. Als skandalträchtiger Einzelfall ist dies aber quasi nur die Spitze des Eisbergs.

Für 2021 ergab die im Auftrag der Kultusminister durchgeführte IQB-Länderstudie über die Leistungen der Schüler im vierten Schuljahr, dass bundesweit in Mathematik nur noch jedes zweite Kind die Anforderungen bewältigt, die dem Regelstandard entsprechen, und jedes fünfte Kind selbst die Mindeststandards verfehlt. Das sind doppelt so viele wie zehn Jahre zuvor. Besonders dramatisch sinken die Spitzenleistungen, auf die Deutschland als rohstoffarmes Land vor allem angewiesen ist. Ähnlich verheerend war die Entwicklung der Leistungen in Lesen und Rechtschreibung. Von dieser negativen Tendenz bleibt kein deutsches Bundesland verschont.

2010 hatte ich in «Deutschland schafft sich ab» die Ursachen für den Verfall der Bildungsleistung analysiert und die Fortsetzung dieses Negativtrends prognostiziert. Es kam tatsächlich noch schlimmer, und dies wird durch die aktuellen Studien quasi amtlich bestätigt.

xxx

Habecks historische Klima-Mission: Er regiert wie ein Autokrat

pleiticker.de, Ralf Schuler, 5. Mai 2023

- **Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ignorierte hunderte Experten-Einsprüche gegen den „Heizungs-Hammer“. Warnungen vor Preisexplosion ignorierte er.**
- **Forderungen nach stärkerer sozialer Abfederungen blieben unberücksichtigt.**
- **Hinweise auf Umsetzungsprobleme wegen fehlenden Materials und Mangel an Fachkräften schlug das Ministerium in den Wind.**



Er galt als Zuhörminister und könnte sich doch für den deutschen Ignoranzpreis bewerben: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat im Gesetzgebungsverfahren für das „Gebäudeenergiegesetz“ (GEG) sich den Traum aller Autokraten erfüllt und einfach mal durchregiert. Die zum Standard des deutschen Gesetzgebungsverfahrens gehörende Verbändeanhörung stieß ausgerechnet beim „Zuhörminister“ auf gänzlich taube Ohren, wie *BILD* berichtet.

Wenn die Realität beim Regieren stört

Was nach couragierter Bürokratieausbremse und polithandwerklicher Tatkraft klingt, soll normalerweise in konzentrierter Form die reale Welt und die Sicht der Betroffenen vom Regierungshandeln in die ministerielle Papierarbeit einsteuern. Mehr als achtzig Verbände, Ingenieurskammern und Landesbehörden hatten Nachbesserungsbedarf am Ölheizungsverbot und allgemeinen Umrüstungsgebot der Gebäudeheizungen gefordert: soziale Abfederung, zeitliche Streckung wegen Handwerker- und Materialmangels, Warnung vor Preisexplosion bei Energie und Wärme... Alles in jenen Wind geschlagen, aus dem Habeck künftig Deutschlands Energie gewinnen will.

Ein im Grunde ungeheuerlicher Vorgang, wenn man die Tragweite dieses Gesetzes zum technologischen Umrüstung des ganzen Landes in Rechnung stellt. **Die Realität stört beim Regieren.** Ein hemdsärmeliger Technologie-Umbruch ohne Erdung im Alltag. Grund genug, das Gesetz komplett zurückzuziehen, ja Grund genug für einen sofortigen Ministerrücktritt. Wer die Lebenswirklichkeit von Millionen Menschen im Handstreich umstülpen und die viertgrößte Industrienation der Welt mal eben ohne lästige Einrede von Experten in gesellschaftliche Verwerfungen dramatischen Ausmaßes stürzen will, um seinen klimapolitischen Willen zu bekommen, der hat von Amt und Grundordnung nichts verstanden.

Warum macht Habeck das?

Wer in den ersten Monaten der Ampel-Koalition mit Industrie- und Verbandsvertretern sprach, stieß fast durchweg auf Applaus für den neuen Wirtschaftsminister und seine fast täglichen Anhörungen mit Wirtschaftsleuten, bei denen er verstehend nickte und sich Notizen machte. Einer der zuhört, hieß es mit einem Seitenhieb auf den Amtsvorgänger Peter Altmaier (CDU). Die Wahrheit ist: Habeck war immer schon in erster Linie ein guter Politik-Verkäufer, der im Gegensatz zu Öko-Eiferern die Menschen mit Nachdenklichkeit und mitunter zerknirschem Image „mitnehmen“ wollte. Ein Ideologe in knuffiger Verpackung.

Ähnlich der „historischen Mission der Arbeiterklasse“ (Marx), die den Werktätigen gewissermaßen vom Schicksal vorbestimmt die Erzwingung der sozialistischen Gesellschaft gegen alle Widerstände auferlegte, sieht sich Habeck in der geschichtlichen Pflicht, Deutschland (gern auch die ganze Welt) klimaneutral zu machen.

Die Welt als Wille und Vorstellung

Es ist eine hermetische Welt, in der nicht nur die Protagonisten im Wirtschaftsministerium eine Art eingeschworener Clan sind, sondern auch die konsumierten Informationen aus den immer gleichen Denkfabriken stammen und energiepolitisch Dinge für machbar erklären, die nicht selten die Grenzen der Physik sprengen. Die Welt als Wille und Vorstellung (Schopenhauer), wobei in der neugrünen Version nicht mehr das „kosmische Prinzip“ der Natur die oberste Hoheit hat, sondern die hehre Vision der Grünen-Partei der Klimafreunde.

Und wo das Ziel ehrenwert ist, darf man beim Weg nicht zimperlich sein. So, wie beim Selbstbestimmungsgesetz Biologie kein Argument sein darf, gelten mit Blick auf die Energiepolitik

physikalische Einwände als Quertreiberei und Klima-Leugnung. Die Welt der Kritiker als eine Welt der Verschwörung, die es zu überwinden gilt.

Und wie weiland im realen Sozialismus, werden Politik und Maßnahmen immer autoritärer, je heftiger die Konfrontation mit der Realität das Scheitern erkennen lässt. Habeck nimmt Deutschland in eine Art Erzwingungsgewahrsam fürs Klima. Manche Dinge müssen zu Ende faulen, sagte Franz Josef Strauß. Bei manchen Dingen wäre es aber auch gut, wenn es schneller ginge.

xxx

Meine Vision für Deutschland

Frieden, Freiheit, Wohlstand für alle.

Sahra Wagenknecht



Berlin

Kürzlich hatte ich ein Gespräch mit einem Geschäftsmann aus Südkorea, der sich zum ersten Mal in Deutschland aufhielt und verunsichert wirkte. Er erzählte, dass Deutschland in seiner Heimat als Vorbild für Tugenden wie Pünktlichkeit, Ordnung und Akkuratess, für einen solide funktionierenden Staat und gute Ingenieursarbeit gelte. Seine erste prägende Erfahrung hierzulande: eine Fahrt mit der Deutschen Bahn, bei der der Zug sein Ziel mit zwei Stunden Verspätung erreichte. Es gab auch nichts zu essen, weil das Bordbistro ausser Schokoriegeln keine Speisen im Angebot hatte. Bei der zweiten Fahrt nimmt er den Mietwagen: grosser Umweg und langer Stau, weil eine unsanierte Brücke gesperrt werden musste. Schliesslich in der Hauptstadt: Verkehrschaos, weil die Klimakleber unterwegs sind.

Man kann von Glück sagen, dass der Mann bei seinem Aufenthalt keinen Anlass hatte, eine Schule in einer ärmeren Wohngegend zu besuchen, sich um einen Kita-Platz zu bemühen, einen Termin bei einem Bürgeramt in Berlin zu erfragen oder als Kassenpatient zur Abklärung einer potenziell gefährlichen Diagnose auf einen Facharzttermin zu warten. Dann wäre sein Deutschland-Bild sicher endgültig zusammengebrochen.

Dauernotstand der Ampelkoalition

Der einzige Punkt in seiner Aufzählung, der noch halbwegs stimmt, ist die gute Ingenieursarbeit in Tausenden Industriebetrieben, vielfach Mittelständler, die das Rückgrat unserer Wirtschaft und den Grundpfeiler unseres Wohlstands bilden. Noch. Denn nachdem die Regierungen der letzten zwanzig Jahre die Infrastruktur verlottern liessen, die Verwaltungen im Ergebnis mangelnder technischer und personeller Ausstattung teilweise funktionsunfähig gemacht haben und existenzielle öffentlichen Dienste – Bildung, Gesundheit, Pflege – durch finanzielles Aushungern und verfehlte Anreize in einen Dauernotstand versetzt haben, geht es unter der Ampelkoalition jetzt auch noch unserer Industrie an den Kragen. Wenn wir nicht schnell zur Besinnung kommen, dürften die Tage, in denen Deutschland zu den führenden Industrienationen der Welt gehörte, bald gezählt sein.

Die aktuellen Wirtschaftsdaten sind so schlecht, dass es selbst einem grünen Wirtschaftsminister auffallen müsste.

Die aktuellen Wirtschaftsdaten sind so schlecht, dass es selbst einem grünen Wirtschaftsminister und seinem Klüngelapparat auffallen müsste. Im Schlussquartal 2022 ist die deutsche Wirtschaft um 0,5

Prozent geschrumpft. 2023 wird es im besten Fall Nullwachstum geben, der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet ein Minus. Mit diesen Werten ist Deutschland Schlusslicht in Europa und wird es bis auf weiteres wohl bleiben.

Nur in einem sind wir Spitze: der Inflation. Die Preissteigerungen liegen seit Monaten um die 7 Prozent, und es wären noch deutlich mehr, wenn man vor kurzem nicht mal eben die Definition des zugrundeliegenden Warenkorbs verändert hätte. Lebensmittel verteuerten sich binnen Jahresfrist um 22 Prozent, für Energie müssen Familien heute 40 Prozent mehr berappen.

Niedergang der Wohlstandsstütze

Natürlich wäre es noch keine Tragödie, wenn eine starke Wirtschaft mal ein paar Quartale stagnierte. Auch eine kurzfristige Preisinflation wäre verschmerzbar, wenn alles schnell wieder ins Lot käme. Nur: Was wir zurzeit erleben, ist kein normaler konjunktureller Abschwung. Der Index, der die Produktion im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland misst, sinkt mit Schwankungen seit 2018. Der Rückgang ist mit insgesamt 9 Prozent in fünf Jahren beachtlich – und er beschleunigt sich. Besonders eindrucksvoll lässt sich das am Index der energieintensiven Produktionszweige ablesen, der in den vergangenen fünf Jahren um fast 16 Prozent eingebrochen ist, über 80 Prozent davon allein im letzten Jahr.

Das bedeutet, hinter dem Abschwung verbirgt sich der Niedergang unserer wichtigsten Wohlstandsstütze: der deutschen Industrie. Und wer glaubt, industrielle Arbeitsplätze liessen sich ohne grossen Schaden durch solche in den Dienstleistungsbranchen ersetzen, sollte gelegentlich Nordengland, den amerikanischen Rust Belt oder die deindustrialisierten Regionen Italiens besuchen. Ein Land, in dem grundsolide Werkzeugbauer aufgeben müssen und sich windige Fintechs oder Geschäftsideen wie die der «Gorillas» breitmachen, deren erbärmlich bezahlte Beschäftigte der urbanen Mittelschicht die Lebensmittel an die Haustür schleppen, ist schwerlich in einer guten Verfassung.

Dabei hatte Deutschland die Globalisierung zunächst besser gemeistert als viele andere westliche Länder, weil es uns gelungen war, die industrielle Wertschöpfung im Land zu halten. Natürlich hat es auch hier Strukturumbrüche gegeben. Arbeitsintensive Branchen wie die Textilindustrie sind weitgehend verschwunden, ebenso die Bergwerke, Hütten und grosse Teile der alten Schwerindustrie. Aber was unsere Wirtschaft trägt und gutbezahlte Arbeitsplätze schafft, sind neben einigen grossen Industriekonzernen vor allem mittelständische Qualitätshersteller, Autozulieferer, Maschinen- und Anlagenbauer, die durch ausgefeilte technologische Spitzenprodukte ihre Stellung am globalen Markt behaupten und ausbauen konnten. Dieses Modell lebte allerdings von bestimmten Voraussetzungen, und in dem Masse, in dem die Politik diese zerstört, funktioniert es nicht mehr.

Fast jedes fünfte Unternehmen will energieintensive Geschäftsfelder in Deutschland aufgeben.

Zu diesen Voraussetzungen gehören ein Bildungssystem, das die benötigten Facharbeiter und Ingenieure auch hervorbringen kann, ausserdem effiziente öffentliche Verwaltungen und eine gute Infrastruktur, von intakten Strassen, Brücken und Bahnstrecken bis zu schnellen digitalen Netzen. Und zu diesen Voraussetzungen gehört für ein exportstarkes und rohstoffarmes Land zwingend eine Aussenwirtschaftspolitik, die auf faire, stabile Handelsbeziehungen mit möglichst vielen Partnern statt auf ausufernde Sanktionen und überhebliche Belehrungen setzt und die die Versorgung mit Rohstoffen und preiswerter Energie sicherstellt. Schon aus schlicht geografischen Gründen spielte Russland in diesem Zusammenhang eine Schlüsselrolle, ebenso wie aufgrund seiner Grösse und Wirtschaftskraft mittlerweile China.

Alle genannten Voraussetzungen sind abhandengekommen. Die Konsequenzen erleben wir. Fast jedes fünfte Unternehmen will heute energieintensive Geschäftsfelder in Deutschland aufgeben. Der Chemieriese BASF wird 10 Mrd. Euro in einen neuen Verbundstandort in China investieren und seine Kunststoffproduktion im Süden der USA ausbauen, während im Inland Tausende Jobs gestrichen werden. Audi meldet, seine E-Wagen künftig in den USA fertigen zu lassen, von anderen Autoherstellern hört man Ähnliches. Und ausländische Firmen verschieben oder stoppen geplante Investitionen, weil der deutsche Standort zu unattraktiv geworden ist.

Verlagerungen sind zwar ein seit längerem zu beobachtender Trend. Seit 2012 ist etwa die Auslandsproduktion von Volkswagen, BMW, Opel und Mercedes-Benz von 8,6 auf über 10 Millionen Fahrzeuge gewachsen, während die Produktion in Deutschland um mehr als ein Drittel zurückgegangen ist. Aber solche Verschiebungen waren so lange für die deutsche Volkswirtschaft kein grosses Problem, solange wichtige Zulieferteile aus Deutschland bezogen und durch die Erschliessung grösserer Märkte auch der Export und damit die heimische Produktion angekurbelt wurden. Doch aufgrund der veränderten politischen Rahmenbedingungen bemühen sich die Konzerne neuerdings, ihre Lieferketten in immer grösserem Umfang vor Ort abzusichern. Dazu werden sie durch politische Vorgaben (China) oder finanzielle Anreize (USA) motiviert und durch immer grossflächigere Sanktionen und Decoupling-Debatten bestärkt. Zusätzlich verliert der heimische industrielle Mittelstand durch teure Energie, unsichere Rohstoffversorgung und Fachkräfteprobleme massiv an Wettbewerbsfähigkeit. Wer nicht gross genug ist, um ins Ausland zu expandieren, muss in vielen Fällen um sein Überleben fürchten.

Chinas Ehrgeiz, Amerikas Härte

Was könnte eine vernünftige Bundesregierung gegen diesen Giftcocktail, der dem deutschen Wohlstandsmodell den Todesstoss zu versetzen droht, tun? Zunächst einmal, natürlich, sich um einen effizienten Staat mit guter Bildung und Infrastruktur im Inneren kümmern. Ein Land, in dem immer weniger wirklich funktioniert, befindet sich ganz sicher auf dem absteigenden Ast. Bleibt das Problem, dass viele der weltpolitischen Veränderungen nicht von uns abhängen. Dass Joe Biden 1,2 Billionen Dollar einsetzt und ungeniert Handelsbarrieren errichtet, um die amerikanische Ökonomie zu reindustrialisieren und ihre Position gegenüber dem grossen Rivalen China zu verbessern, liegt ausserhalb der Verantwortung der Bundesregierung. Auch, dass die chinesische Führung mit dem Programm «Made in China 2025» und der «Neuen Seidenstrasse» über eine gutdurchdachte, äusserst ehrgeizige und bisher erstaunlich erfolgreiche Strategie verfügt, das eigene Land zum Technologieführer auf Schlüsselmärkten und zur neuen ökonomischen Weltmacht zu machen, die im Zweifel unabhängig von Lieferungen aus westlichen Ländern wird. Und auch der Ukraine-Krieg könnte zwar jederzeit von Washington, aber mitnichten allein von Berlin beendet werden.

Insofern stimmt: Der mit immer härteren Bandagen ausgetragene Grosskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten auf der einen Seite und Russland und China auf der anderen hat die geopolitische Lage verändert. Aber wer um alles in der Welt zwingt uns, uns in diesem Konflikt als höriger Untertan an der Seite Washingtons zu positionieren? Vor allem die vorherrschende Erzählung, dass hier angeblich das Gute gegen das Böse, der freie, demokratische Westen gegen den unfreien, autokratischen Osten kämpfe, dass es um Werte gehe statt um Interessen, um Moral statt um pekuniäre Vorteile. Besonders eifrig wird uns dieses Märchen von unserer grünen Aussenministerin aufgetischt.

Brandbeschleuniger Russland

In Wahrheit kämpft in diesem Konflikt die Weltmacht USA gegen ihren Abstieg und gegen das Ende der amerikanischen Vorherrschaft in der Welt. Und zwar nicht aus hehren moralischen Gründen, sondern weil diese Vorherrschaft amerikanischen Unternehmen und dem amerikanischen Staat viele handfeste Vorteile brachte: vom Zugang zu Rohstoffen und Märkten über die globale Sicherung von Eigentumsrechten bis hin zu der Macht, unbotmässige Regime überall auf der Welt durch Sanktionen zu erpressen. Nicht zu vergessen die Möglichkeit für den amerikanischen Staat, sich nahezu unbegrenzt im Ausland verschulden zu können, weil alle Länder Dollarreserven horten wollten beziehungsweise mussten. Diese heile Welt des US-Imperiums ist Vergangenheit, und zur Ironie der Geschichte gehört, dass der Ukraine-Krieg, der eigentlich als Stellvertreterkrieg zur Schwächung Russlands gedacht war, bei diesem Prozess als Brandbeschleuniger gewirkt hat.

Europa und ganz besonders Deutschland haben keinen Grund, der Pax Americana nachzutruern. Ob es um Kriege oder um wirtschaftliche Fragen geht: Die US-Führung hat sich im Zweifel immer für das amerikanische und nicht für das gemeinsame Interesse entschieden. Der aktuelle Wirtschaftskrieg gegen Russland schadet uns erkennbar mehr als dem eigentlichen Adressaten, weil er die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen untergräbt. Wer die Tiraden Donald Trumps gegen die deutschen Exportüberschüsse noch im Ohr hat, ahnt, dass das kein ungewollter Nebeneffekt ist. Und der Schaden wird um vieles grösser, wenn wir uns jetzt auch noch in den Konflikt mit China hineinziehen lassen.

Macron hat's verstanden, Scholz nicht

Erste und wichtigste Aufgabe der Aussenpolitik einer vernünftigen Bundesregierung wäre daher, statt einer fragwürdigen Moral nachzulaufen, die sich bei näherem Hinsehen als amerikanische Interessenpolitik entpuppt, unsere eigenen sicherheitspolitischen und ökonomischen Interessen in den Mittelpunkt zu rücken. Wichtigstes Interesse sind Frieden und Stabilität in Europa und die Rückkehr zu beiderseitig vorteilhaften Handelsbeziehungen zu unserem grossen Nachbarn im Osten. Dass wir darauf achten sollten, uns von keinem Land völlig abhängig zu machen, versteht sich. Gleiches sollte auch unsere Maxime im Handel mit China sein. Will heissen: kein blauäugiger Freihandel, wo er zur Zerstörung wichtiger heimischer Kapazitäten führt wie einst in der Solarindustrie. Achtsamkeit, wo es bei Übernahmen nur um den Zugriff auf heimische Spitzentechnologie geht. Aber keine blinden Blockaden, mit denen wir einen zentralen Exportmarkt zerstören und uns selbst von elementaren Rohstoffen und Vorleistungen abschneiden würden.

Im europäischen und deutschen Interesse ist eine multipolare Welt anstelle der Entstehung einer bipolaren, in der uns der ungemütliche Platz eines unselbständigen Vasallen zugedacht wäre, der im Zweifel für amerikanische Interessen die eigenen opfert und im schlimmsten Fall dafür sogar in Kriege zieht. Emmanuel Macron scheint das verstanden zu haben, Olaf Scholz leider nicht. Wir brauchen eine eigenständige europäische Aussenpolitik und eine europäische Wirtschaftsstrategie, mit der wir uns für die Zukunft aufstellen und in Schlüsselbereichen – etwa Finanzen oder Digitales – endlich souverän werden. Wieso gibt es eigentlich kein durchdachtes, ehrgeiziges Programm «Made in Germany 2030»?

Sahra Wagenknecht ist Mitglied des Deutschen Bundestags (Die Linke).

PS. Dazu hielt Sahra Wagenknecht eine Aufsehen erregende Rede vor dem Deutschen Bundestag, die mehr Beifall erhielt als von Bundestagsmitgliedern der Linken und AfD kommen konnte. Die Rede ist auf youtube abrufbar. HP

Eine schrecklich nette Familie

Deutschland setzt bei der Klimawende auf eine Uralttechnologie, um Häuser zu heizen. Ideengeber sind Leute um Vizekanzler Habeck, die alle miteinander verwandt sind.

Oliver Stock



In Deutschland sind Wirtschaft und Klima Familiensache. Das geht manchmal schief, wie jetzt gerade: Im Ministerium des grünen Wirtschafts- und Klimaministers Robert Habeck sitzt mit Staatssekretär Patrick Graichen ein Mann mit viel Familiensinn. Er war vor seiner Zeit in Habecks Haus Chef der grünen Denkfabrik Agora Energiewende. Seine Schwester Verena Graichen ist stellvertretende Vorsitzende des Umweltverbandes Bund in Berlin und arbeitet als «Senior Researcherin» beim Öko-Institut, das das Ministerium in Klimafragen berät. Verena Graichens Mann wiederum ist ebenfalls Staatssekretär unter Habeck und heisst Michael Kellner. Habeck ist übrigens der einzige Minister in der Regierung, der gleich sieben gutbezahlte Staatssekretäre braucht. Auch Patrick Graichens Bruder Jakob ist «Senior Researcher» beim Öko-Institut und hat zuletzt die Studie «Energie- und Klimaschutzprojektionen 2035/2050» mit verfasst – im Auftrag des Ministeriums.

Lobby-Studien vom Trauzeugen

All dies sorgt in der Behörde bereits unter dem Stichwort «Graichen-Clan» für Gesprächsstoff, wobei eine Sprecherin feststellt, dass an der Familienkonstruktion an sich nichts Verbotenes dran sei. Patrick Graichen dachte sich deswegen jüngst auch nichts dabei, die Familienbande auszubauen. Er liess einen guten Freund Chef der Deutschen Energie-Agentur (Dena) werden, die sich als Wegbereiterin der Energiewende der Bundesregierung sieht. Die Energie-Agentur teilte Anfang letzten Monats mit, Michael Schäfer zu ihrem neuen Co-Chef zu machen. Schäfer war zuvor unter anderem Mitglied der Geschäftsleitung des Naturschutzbundes Deutschland und sass für die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus. Warum die Energie-Agentur auf einmal zwei Chefs braucht, bleibt unklar. Klar ist aber, dass Schäfer Graichens Trauzeuge ist und der Staatssekretär in jener Kommission sass, die den neuen Kandidaten für den Spitzenposten auswählte.

Klar ist auch: Alle drei grünen Lobbyorganisationen – Agora Energiewende, Deutsche Energie-Agentur und Öko-Institut – haben in den vergangenen Monaten mit Studien und Veranstaltungen dafür getrommelt, dass sich auf dem deutschen Heizungsmarkt Grundlegendes verändert. Statt mit Gas und Öl soll künftig mit der Uralttechnologie einer strombetriebenen Wärmepumpe das Haus geheizt werden. Das Zürcher Rathaus war 1938 das erste grössere Gebäude, das auf diese Technologie setzte.

«Durchbruch für die Wärmepumpe» nennt sich eine Publikation der Agora Energiewende dazu.

Genau dieser Durchbruch vollzieht sich, seitdem der «Graichen-Clan» die Macht im Hause Habeck hat: Das Ministerium bereitet ein Gesetz vor, das Gasheizungen verbietet und so formuliert ist, dass fast nur Wärmepumpen als Alternative in Frage kommen. Es zwingt Hausbesitzer in den nächsten Jahren zur Umrüstung, koste es, was es wolle. In ihrer Regelungswut erzeugen die Graichens irrwitzige Ideen: So müssen Heizungsmonteur künftig nach dem Alter ihrer Auftraggeber fragen. Denn wer achtzig Jahre und älter ist, darf seine Gasheizung noch bis ans Lebensende behalten.

Unterm Strich entsteht für Handwerker und Heizungshersteller ein neuer Markt, den Experten in Deutschland mit etwa 75 Milliarden Euro beziffern. Schon jetzt stehen Kunden Schlange, und die Lieferzeiten für Wärmepumpen erinnern an die von Trabis in der ehemaligen DDR: Wer unter einem Jahr Liefer- und Einbauzeit eine bekommt, kann sich als Gewinner fühlen. Das Geschäft blüht, weswegen Habeck, die Graichen und auch Kanzler Olaf Scholz (SPD) in schwachen Augenblicken vom neuen deutschen Wirtschaftswunder träumen. Der Umbau der Energieversorgung solle Wohlstand für alle bringen, sagt der Kanzler und lässt Erinnerungen an Wachstumsraten wie in den fünfziger Jahren wach werden.

«Die Grünen sind der politische Arm internationaler Finanzakteure», schimpft AfD-Politikerin von Storch.

Die Wirtschaftsakteure allerdings lassen sich dann doch nicht so genau steuern, wie Graichen und Co. das geplant haben. Das wurde in der vergangenen Woche deutlich, als eines der grössten deutschen Familienunternehmen bekanntgab, dass es sein Kerngeschäft – ausgerechnet dasjenige mit den Heizungen – in die USA verkaufe. Viessmann, mehr als hundert Jahre alt, gross geworden mit Produkten, die in Millionen Kellern stehen und in ebenso vielen Häusern für Wärme sorgen, ein Unternehmen, das den Umbau von Öl- und Gasheizungen auf Wärmepumpen in Deutschland entscheidend voranbringen soll, eine Firma mit 14 500 Mitarbeitern und vier Milliarden Euro Umsatz, verkauft seine Heizungssparte an den etwa viermal grösseren US-Konzern Carrier Global für zwölf Milliarden Euro.

Die Begründung liegt in der Erkenntnis, dass die Deutschen zwar zu Hause ein Riese sind, im internationalen Vergleich aber ein Zwerg. Viessmann sieht einen harten Konkurrenzkampf auf sich zukommen, an dessen Ende möglicherweise nicht mehr viel zu verkaufen sein könnte. Ausserdem zieht der 34-jährige Max Viessmann in den Aufsichtsrat des US-Konzerns ein. Carrier Global wiederum verschafft sich jetzt einen grossen Anteil im deutschen Wärmepumpenmarkt.

Industrie verzweifelt

Das von den Grünen entworfene Energiewende-Wirtschaftswunder – es bröckelt mit dem Viessmann-Verkauf jedoch weiter vor sich hin: Der erste Stein fiel heraus, als die deutsche Solarindustrie nach Auslaufen der Förderung zusammenbrach und der chinesischen weichen musste. Der zweite Stein überstand den Sturm des Wettbewerbs nicht, als auch der letzte Windanlagenhersteller seine Produktion in Deutschland dichtmachte und sich in den bezüglich Arbeitskosten günstigeren Osten verzog. Pure Verzweiflung herrscht längst bei den Automobilzulieferern, die wegen des Verbrennerverbots keine Kolben, keine Kühler und keine Benzinpumpen mehr herstellen. Und nun sieht es ganz so aus, als wiederhole sich das Trauerspiel bei den Heizungsbauern. Scholz, Habeck, Graichen und Co. schlagen hart auf dem Boden wirtschaftlicher Tatsachen auf, in diesem Fall global agierender Konzerne. Sie müssen erkennen: Nationale Wirtschaftswunder sind in nicht allzu grossen Staaten wie Deutschland selten.

Zu viel Familiensinn im Ministerium, zu wenig beim Familienunternehmen Viessmann – die Opposition verdiente ihren Namen nicht, wenn sie das nicht auf den Plan rief. Allerdings geht auch das manchmal schief. So schritt eine der AfD-Galionsfiguren, Beatrix von Storch, in der vergangenen Woche ans Rednerpult im Bundestag und hielt eine schwungvolle Rede über die Verstrickungen der Graichen-Familie und grüner Lobbyorganisationen mit den Milliardären dieser Welt, was in sozialen Medien ruck, zuck die Runde machte.

Einer dieser Milliardäre ist Chris Hohn, ein britischer Investmentbanker, dessen Spezialität es ist, als störrischer Grossaktionär Unternehmen auf mehr Rendite zu trimmen. Manche Vorstände hassen ihn dafür, manche Aktionäre lieben ihn. Seinen Hedge-Fund nennt er The Children's Investment Fund, weil er mit dem Geld, das er da verdient, auch Waisenkinder in Afrika und Klimalobbyisten unterstützt. Tatsächlich landet möglicherweise um drei Ecken ein Minitel des hohnschen Vermögens bei der Agora Energiewende. Ein anderer dieser Milliardäre ist Larry Fink, Gründer des grössten Vermögensverwalters der Welt mit Namen Blackrock.

Das Geld von Blackrock steckt auch im Viessmann-Käufer Carrier Global, worin von Storch einen weiteren Beleg dafür sieht, dass sich Milliardäre jetzt mit grüner Hilfe auch den deutschen Mittelstand unter den Nagel reissen. «Die Grünen sind der politische Arm internationaler Finanzakteure», schimpft die AfD-Politikerin. Was sie nicht wahrhaben will: Allein Blackrock ist direkt in 33 der 40 Dax-Konzerne, also der deutschen Topbörsenwerte, investiert. Das haben die Amerikaner ganz ohne Hilfe der Grünen geschafft. In Wahrheit gehört weder investigative Recherche noch besonders viel Mathematik dazu, um sich auszurechnen: Wenn es so ist, wie es ist, dass nämlich ziemlich genau die Hälfte des weltweiten Vermögens in den Händen von gut einem Prozent der Weltbevölkerung liegt, ist die Wahrscheinlichkeit, dass einige Milliardäre bei Milliardengeschäften ihre Finger im Spiel haben, recht gross.

Habeck hat angesichts des angerichteten Durcheinanders seine Beamten inzwischen um Prüfung der Vorgänge gebeten. Im Fall Viessmann kommt dabei ziemlich sicher heraus, dass der Fabrikant aus Unternehmersicht alles richtig gemacht hat. Im Fall Graichen liegt das Ergebnis bereits vor: «Es könnte der Anschein einer möglichen Befangenheit entstanden sein», heisst es aus dem Ministerium. Zumindest in diesem Punkt hat Habeck mal ins Schwarze getroffen.

PS. Nicht thematisiert wurde bisher die Tatsache, dass Patrick Graichen in Zusammenarbeit mit Rainer Baake die „Schöpfer“ der „12 Thesen zur Energiewende“ sind. Sie entstanden im November 2012 in der oben erwähnten Denkfabrik „Agora Energiewende“. Als erster Hauptsatz der Energiewende wurde kreiert: „Im Mittelpunkt stehen Wind und Sonne.“

Dabei wurde „übersehen“, dass Deutschland geographisch zwischen den 47. Und 52. Breitengrad nördlicher Breite liegt und somit naturbedingt eine wind- und sonnenscheinarme Lage aufwies. Allein schon deshalb ist es nicht möglich, ein Industrieland wie Deutschland ausreichend mit Elektroenergie aus Windenergie- und Photovoltaik-Anlagen zu versorgen. Die „12 Thesen zur Energiewende“ sind bis heute die Strategie der deutschen Energiepolitik, deren verhängnisvolle Auswirkungen immer deutlicher werden. HP

xxx

Klimakleber brauchen Staatsbürgerkunde

RONALD BARAZON, 13.05.2023

DWN-Kolumnist Ronald Barazon bleibt trotz aller Mängel ein Verfechter der Demokratie. Seine Kritik gilt den vermeintlichen Demokraten, die sich gebärden wie Untertanen.

Die Verwechslung von Demokratie mit Anarchie ist offenkundig. Vermeintliche Klimaschützer kleben sich auf Hauptstraßen fest und legen den Verkehr lahm, machen nicht einmal Platz für Rettungsfahrzeuge. Jugendliche schwänzen am Freitag die Schule und sind überzeugt, auf diese Weise

den Klimawandel zu stoppen und die Menschheit in eine bessere Zukunft zu führen. Andere blockieren Kraftwerke und Fabriken und treiben auf sonstige Weise Allostria in der festen Überzeugung, aktive Demokratie zu leben und die Freiheit der Meinungsäußerung zu nutzen. Diese Phänomene bilden die sichtbare Spitze des weit verbreiteten Mangels an Kenntnissen über das Wesen der Demokratie.

Vermeintliche Demokraten verhalten sich wie Untertanen

Die deutsche Übersetzung des griechischen Wortes Demokratie lautet Herrschaft des Volkes und sagt bereits alles Notwendige. Nur die Realität sieht anders aus: Die meisten Aktivitäten bestehen in einer Forderung, Politiker und Politikerinnen mögen dieses oder jenes tun, bei den genannten Beispielen werden sie aufgefordert, die Klimakrise zu lösen. Ein ähnliches Verhalten ist in allen Bereichen zu beobachten, meist ohne das Bekleben von Straßen, aber der Unterschied ist nicht sehr groß. In Frankreich gehen Millionen auf die Straße und verlangen von den Politikern die Auszahlung nicht finanzierbarer Renten. Und überall erklingt der Schrei nach einer wundersamen Verhinderung der Preissteigerungen durch die Politik. Dieses Verhalten bedeutet übersetzt: Die Herrscher sollen alle Probleme lösen. Das ist ein Denkmuster aus Monarchien und Diktaturen.

„Die da oben“ können keine Wunder wirken. Auch kein „starker Mann“

Diese Einstellung ist nicht erstaunlich. Jahrhunderte wurden die Menschen daran gewöhnt, dass tüchtige Herrscher für ein gutes Leben der Untertanen sorgten, unfähige hingegen eine Zeit der Not zu verantworten hatten, die man allerdings als Bürger und Bürgerin geduldig hinnehmen musste. An diesem Schema hat sich in der vermeintlichen Herrschaft des Volkes wenig geändert. Niemand wird leugnen, dass auch in der Demokratie selbstverständlich tüchtige Damen und Herren in der Regierung hilfreich sind, weniger begabte unweigerlich versagen, wenn es um die Lösung von Problemen geht. Doch dürfte dieser Umstand nicht im Mittelpunkt des politischen Geschehens stehen. Zu analysieren und zu korrigieren ist vielmehr die Einstellung, „die da oben“ mögen Wunder wirken, „man kann als Einzelne, als Einzelner ohnehin nichts bewirken“, es „muss endlich ein starker Mann her, der für Ordnung sorgt“ – nach einer starken Frau wird kaum gerufen – und ähnliches mehr.

Wie eh und je - wir sitzen immer noch in Auerbachs Keller

Noch immer klingt das Zitat aus Auerbachs Keller in Goethes Faust nach: „Ein garstig Lied! Pfui! Ein politisch‘ Lied! Ein leidig‘ Lied! Dankt Gott mit jedem Morgen, dass ihr nicht braucht für’s Röm’sche Reich zu sorgen! Ich halt’ es wenigstens für reichlichen Gewinn, dass ich nicht Kaiser oder Kanzler bin.“ Und in abertausenden Gesprächen wird auch heute ständig betont, man sei doch nicht blöd und gehe in die Politik. Um prompt zu erklären, was man alles von der Politik erwarte. Auf diese Weise gehen dem Staat der Einsatz und die Kreativität von Millionen Bürgern verloren. Dabei ist es gar nicht notwendig, dass jeder und jede das Kanzleramt als Ziel der Träume definieren, ein konstruktiver Einsatz in der unmittelbaren Umgebung wäre schon nützlich und würde einen Beitrag zur Entlastung der immer überforderten Politik leisten.

- *Wie viele Bäume haben die Klimakleber schon gepflanzt? An welchen Stränden haben sie sich an der Müllräumung beteiligt? Essen sie wenig Fleisch, um den Sojaverbrauch zu drosseln? Um Flächen für die Sojaproduktion zu gewinnen, werden CO2 speichernde Regenwälder gerodet.*
- *Was tun die Konsumenten selbst, um die Inflation zu bekämpfen? Bringen sie mit einem überlegten Konsumverhalten die Preistreiber zur Räson?*

- *Franzosen, die eine höhere Lebenserwartung als die meisten anderen Europäer haben, sollen zwei Jahre länger arbeiten und damit immer noch früher in die Rente wechseln als andere. Warum tun sie das nicht von selbst?*

Das kostbare Wort „Staatsbürgerkunde“ ist verpönt

Die Politikwissenschaft, die Soziologie und die Psychologie erklären die Hintergründe des problematischen Umgangs der Bevölkerung mit dem Staat und der Gesellschaft, also mit der Res Publica. Ein Punkt, genauer ein Wort, wird allerdings nicht in den Mund genommen, obwohl es eine zentrale Rolle spielen müsste – der Begriff Staatsbürgerkunde. Dieses Wort wurde in der DDR als Bezeichnung der Unterrichtsstunde verwendet, in der die kommunistische Diktatur den Jugendlichen ihre menschenverachtende Ideologie als ideale Staatsform präsentierte. Aus diesem Grund ist der Einsatz dieses Worts heute verpönt, obwohl es genau das Thema anspricht, es geht um Staat, Bürger und Kenntnisse, allerdings in der Demokratie. Nicht nur, dass dieses Wort zum Unwort erklärt wurde, es wird durch einen problematischen Begriff ersetzt.

Das Fach „Politische Bindung“ fristet meist ein peinliches Schattendasein

In den Schulen wird heute „Politische Bildung“ unterrichtet und dieses Fach fristet in Deutschland wie in Österreich ein Schattendasein. Meist handelt es sich nicht einmal um eine eigene Sparte, sondern ist irgendwie der Geschichte oder einem anderen Fach zugeordnet. Auch steht nicht die klare Information über das Funktionieren des demokratischen Staates im Vordergrund. Es werden kaum brauchbare, praktisch anwendbare Antworten auf entscheidende Fragen gegeben, etwa „Wie wird man eigentlich Bundeskanzler?“ oder „Was tut der Bundespräsident?“ Vielmehr stehen die politischen Strömungen im Zentrum, weil man offenbar glaubt, die technischen Details seien ohnehin bekannt. Da geht es dann um Liberalismus, Neo-Liberalismus, Sozialismus, Sozialdemokratie, um links und rechts, um konservativ oder progressiv, um Marktwirtschaft oder staatliche Wirtschaftslenkung und vieles mehr. Ohne jeden Zweifel entscheidende Themen, die den Schülerinnen und Schülern nahegebracht werden müssen.

Ein Pflichtfach, in dem das Funktionieren des Staates unterrichtet wird

Wichtig wäre ein eigenes Fach mit eigenen Stunden und obligatorischen Prüfungen beim Abitur oder der Gesellenprüfung unter der Bezeichnung „Staatsbürgerkunde“. Dort hätten die Jugendlichen zu lernen, wie man beispielsweise Mitglied des lokalen Gemeinderats wird. Ganz banal: Es geht um die Adresse, wo man sich anmelden kann, ab welchem Alter man zugelassen ist, welche Parteien aktiv sind, wie viele Mitglieder der Gemeinderat hat, was der Gemeinderat entscheidet und welche Zuständigkeiten andere Gremien haben. Und weiter im Text: Zu unterrichten wäre, welcher Weg in den Bundestag führt. Auch, dass die Interessenvertretungen ein attraktiver Platz sind, um sich einzubringen. Diese Informationen dürfen nicht mit ideologischen Inhalten und Präferenzen für einzelne Parteien befrachtet werden, sie sind das Rüstzeug, das jeder und jede brauchen, um sich im Gemeinwesen, im Staat in seinen vielfältigen Erscheinungsformen zu engagieren. Leider sind diese Details weithin unbekannt.

Man müsste in Prüfungen nachweisen, dass man die Aufgaben des Parlaments und der Regierung unterscheiden kann und auch weiß, wofür der Bundespräsident zuständig ist. Alle leben in einem Bundesland und so sollten auch die Aufgaben der Regionen klar sein. Unter diesen Voraussetzungen sind der oder die Einzelne leichter unterwegs, um sich politisch zu engagieren. Dabei ist die politische Ausrichtung Nebensache, es geht um die selbstverständliche Kenntnis der demokratischen Einrichtungen.

Politische Arbeit ist mühsamer als die meisten anderen Tätigkeiten

Politik besteht aus Widerspruch. Auch dieser Umstand müsste in „Staatsbürgerkunde“ gelehrt werden, ohne jede ideologische Befrachtung des Themas. Der Widerspruch ist zur Kenntnis zu nehmen, die Vertreter anderer Positionen sind zu respektieren. Die politische Arbeit besteht in der Verteidigung der eigenen Argumente, im Bemühen, die Menschen und die Gegner zu überzeugen, aber dabei stets auch die Opposition zu achten und den Minderheiten eine Vertretung im Staat zu sichern. Es gibt hierfür keine bessere Formulierung als jene des französischen Philosophen Voltaire. „Mein Herr, ich teile Ihre Meinung nicht, aber ich würde mein Leben dafür einsetzen, dass Sie sie äußern dürfen!“ Politische Arbeit ist mühsam und mühsamer als viele andere Tätigkeiten. Dass da Viele sagen „Ich bin doch nicht blöd, das tue ich mir nicht an“, ist nachvollziehbar, trägt aber zum Untergang der Demokratie bei.

Die Demokratie ist die einzige Staatsform, in der die Freiheit der Einzelnen gesichert ist

Im leider derzeit kaum existierenden Fach „Staatsbürgerkunde“ wäre den Jugendlichen klar zu machen, dass die Demokratie die einzige Staatsform ist, in der verschiedene politische Richtungen sich entwickeln und entfalten können. Aufzuzeigen ist, dass jede Gruppierung letztlich überzeugt ist, die beste Regierungsform zu vertreten und daher ihr Verständnis von „Wahrheit“ durchsetzen möchte. Genau diese Überzeugung ist gleichbedeutend mit der Unterdrückung der Anderen, die in einer Demokratie verhindert wird. Ohne dieses Korrektiv kommt es zur Diktatur, in der die Vertreter einer anderen „Wahrheit“ als jene der Herrschenden im Gefängnis landen. „Staatsbürgerkunde“ ist neutral, ohne Bevorzugung einer Partei zu vermitteln, allerdings muss bei den Jugendlichen das Sensorium für die Gefahr geschärft werden, die von politischen Strömungen ausgeht, die die Demokratie in Frage stellen. Jeder und jede entwickeln irgendwann politische Interessen und jeder und jede sind dann ohne Demokratie in ihrer persönlichen Existenz bedroht. Das Thema betrifft also alle. Das Bewusstsein dieser Gefahr ist im heutigen Westeuropa nach den vielen Jahrzehnten des Lebens in Freiheit und Demokratie kaum präsent. Man nimmt die Freiheit als gegeben an, glaubt, sich jede politische Kapriole erlauben zu können und sieht nicht, dass die Demokratie ein kostbares, aber heikles Gut ist, auf das mit großem Einsatz geachtet werden muss. Eine heute betriebene Staatsbürgerkunde würde zur Verhinderung von Diktaturen in der Zukunft beitragen.

Ein kluges Sprichwort bringt diesen Aspekt auf den Punkt: „Wenn Du Dich nicht um die Politik kümmerst, dann kümmert sich die Politik irgendwann um Dich!“ Dieser Spruch stammt paradoxer Weise aus Russland, wo seit Jahrhunderten Diktaturen regieren und nach dem kurzen Aufflackern der Demokratie im Gefolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion nun wieder alle Kritiker des Regimes im Gefängnis landen. Es ist in den wenigen Jahren der Freiheit nicht gelungen, diese Freiheit zu festigen und zu sichern, man glaubte plötzlich sich alles erlauben zu können, landete prompt im Chaos, das die Rückkehr zur Diktatur begünstigte.

Ronald Barazon war viele Jahre Chefredakteur der Salzburger Nachrichten. Er ist einer der angesehensten Wirtschaftsjournalisten in Europa und heute Chefredakteur der Zeitschrift „Der Volkswirt“ sowie Moderator beim ORF.

xxx

Klimapopulist Knutti

ETH-Forscher Reto Knutti missbraucht sein Amt an einer staatlich finanzierten Hochschule, um die Abstimmung über das Klimaschutzgesetz zu beeinflussen.

Hans Rentsch



Vor wenigen Wochen berichteten die Medien über eine Aktion des ETH-Klimaforschers Reto Knutti. Er hatte über 200 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von Schweizer Universitäten und Forschungsanstalten für die Unterstützung des Klimaschutzgesetzes mobilisiert. Seine Begründung für die professorale Einmischung in die Volksabstimmung vom 18. Juni lautet so: «Gerade bei komplexen Themen wie dem Klimawandel sollten sich auch Wissenschaftler:innen mit ihrer Expertise einbringen und zur Meinungsbildung beitragen.»

Diese Aktion, die beansprucht, «die Wissenschaft» zu vertreten, wurde in den Medien, kaum überraschend, fast nur wohlwollend kommentiert. Dabei kam das Grundsätzliche nicht zur Sprache: Diese Einmischung in einen Abstimmungskampf missachtet selbstverständliche Governance-Prinzipien von staatlichen Hochschulen. Natürlich können alle, die die Aktion unterzeichnet haben, ihre persönliche politische Meinung haben und diese in Wahlen und Abstimmungen ausdrücken.

Es ist aber etwas völlig anderes, mit Hilfe der geliehenen Reputation seiner staatlich finanzierten Hochschule die Abstimmung über eine konkrete Gesetzesvorlage beeinflussen zu wollen, zudem noch eine ideologisch derart aufgeladene. Wenn man auf die Neinstimmen gegen das Energiegesetz mit dem «Atomausstieg» und gegen die CO₂-Vorlage abstellt, ist auch beim Klimaschutzgesetz mit rund 40 Prozent ablehnenden Stimmen zu rechnen. Die politische Aktion «der Wissenschaft» richtet sich somit gegen eine grosse Minderheit, die – genau wie alle – Steuern für die staatliche Forschung zahlt.

Die Fakten, die er meint

Die Governance-Forderung gilt unabhängig von der Frage, ob «die Wissenschaft», welche diese politische Einmischung zu vertreten vorgibt, überhaupt die eine und einzige Wahrheit über den Klimawandel besitzt. Was man sicher sagen kann: Die Wahrheit über die richtige Klimapolitik kennt diese «Wissenschaft» bestimmt nicht. Reto Knutti schreibt, die Aussage, dass die Schweiz ihre CO₂-Emissionen rasch reduzieren müsse, sei eine logische Schlussfolgerung aus der Physik. Ist eine derart verkürzte Argumentation der *déformation professionnelle* eines Klimamodell-Experten zuzuschreiben?

Seine Sicht ist nicht zuletzt durch seine persönliche Ablehnung der Kernenergie verzerrt.

Im «Info 3» von SRF sagte Reto Knutti, die Leute sollten auf der Grundlage von Fakten entscheiden können. Natürlich meint er die Fakten, wie er sie interpretiert. Seine Sicht der Energie- und Klimapolitik ist nicht zuletzt durch seine persönliche Ablehnung der Kernenergie verzerrt. Deshalb unterstützt er Gesetze, die das Neubauverbot für KKW zementieren wollen. Nicht zufällig fehlt auf der Unterstützerliste die Unterschrift seiner ETH-Kollegin Annalisa Manera, Nuklearforscherin am Paul-Scherrer-Institut – ein Leuchtturm im Meer des Opportunismus.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die Klimaforschung politisiert ist, dann liefert sie die Aktion von Reto Knutti. Seine selbsternannte Wahrheitswissenschaft solidarisiert sich mit einer bestimmten politischen Agenda. Wie die obengenannten Volksabstimmungen zeigten, gibt es in der Klima- und Energiepolitik eine tiefe Spaltung, da sie durch das Thema Kernenergie moralisch-ideologisch aufgeladen ist. Die Aktion «der Wissenschaft» fördert diese Spaltung, indem sie sich einseitig positioniert.

Der britische Klimatologe Mike Hulme spricht von einem neuen Klimareduktionismus, der von einer Hegemonie prognostizierender Naturwissenschaften angetrieben sei, einer Hegemonie, die modellbasierten Beschreibungen vermeintlicher zukünftiger Klimata eine unverhältnismässige Macht im politischen und gesellschaftlichen Diskurs verleihe. Dieser Klimareduktionismus verdrängt die historische Erfahrung, dass energy transitions, also jetzt die Dekarbonisierung, Jahrhundertprojekte sind.

Beschränkte Opferbereitschaft

Dessen ungeachtet, engt die Politik unter dem Einfluss alarmistischer Töne aus der Klimaforschung den Zeitrahmen für Emissionsreduktionen immer enger ein. Doch es ist eine Sache, «netto null bis 2050» in ein Gesetz zu schreiben, jedoch eine ganz andere, später die realen Konsequenzen zu tragen.

Demokratien sind für radikale Wenden nicht geeignet. Es gilt «the iron law of climate change» (Roger Pielke Jr.), das besagt, dass die Opferbereitschaft der Menschen in Wohlstandsgesellschaften begrenzt ist.

Die absehbare Entwicklung wird sein, dass Strategien der Anpassung an den Klimawandel gegenüber der radikalen Emissionsreduktion zunehmend an Gewicht gewinnen. Mit Anpassung waren die Menschen schon bisher erfolgreich. Der beste Beweis dafür sind die weltweit drastisch gesunkenen Opferzahlen bei extremen Naturereignissen. Davon hört man allerdings von «der Wissenschaft» von Reto Knutti nichts.

Hans Rentsch ist Ökonom und Wirtschaftspublizist.

xxx

Schweizer Strom für deutsche Träume

Die Energiewende in Deutschland ist abhängig von Schweizer Notstromlieferungen. Jetzt wollen wir mit dem Klimagesetz die Fehler unseres Nachbarn wiederholen.

Hubert Mooser

Das Thema war so wichtig, dass es Energieminister Albert Rösti (SVP) während einer Pressekonferenz aufwarf: Nicht Deutschland musste der Schweiz bei Strom- und Gas-Engpässen wegen des Krieges in der Ukraine aushelfen, wie im letzten Herbst noch vermutet wurde, sondern die Schweiz exportierte Strom nach Süddeutschland, damit dort die Lichter nicht ausgingen.

Das kam so: Anfang Februar produzierten die Windkraftträder im Norden Deutschlands viel Strom, der normalerweise in den Süden transportiert wird. Doch wenn in kurzer Zeit zu viel Windenergie anfällt, gibt es ein Problem: Die Netze sind nicht entsprechend gut ausgebaut. Und damit diese nicht überbelastet werden, muss die Leitung unterbrochen und Strom aus einer anderen Quelle beschafft werden – zum Beispiel aus der Schweiz, wie im letzten Winter.

Plötzlich alles anders

Heute redet Röstis Bundesamt für Energie (BFE) diese Übung als «übliche Zusammenarbeit der europäischen Übertragungsnetzbetreiber im Falle von Engpässen» schön. Zuständig sei die Netzgesellschaft Swissgrid, wo einem beschieden wird, man sei in diesen «normalen Vorgang innerhalb des Verbundnetzes» nicht integriert gewesen.

Wer liefert uns Elektrizität, wenn wir überlastete Netze abschalten müssen? Deutschland sicher nicht.



Von wegen «normaler Vorgang». Die Lieferung von Winterstrom nach Deutschland ist politisch hochbrisant. Denn die Schweizer Stromkonsumenten bezahlen über die Tarife die superteuren Reserven, welche von Bundesrat und Parlament im Herbst aus Angst vor Engpässen im Winter mit Hochdruck durch alle politischen Instanzen gepeitscht worden sind. Wer erinnert sich nicht an die Panikmache des Präsidenten der Stromregulierungsbehörde Elcom, alt Ständerat Werner Luginbühl (BDP), der dazu aufrief, vorsorglich Holz und Kerzen zu bunkern. Und nun stellt sich heraus, dass die Schweiz in der Lage war, Deutschland aus der Patsche zu helfen.

Die Episode zeigt, dass die Energiewende in Deutschland – weg vom Atomstrom und von fossilen Energieträgern – nur mit Extra-Stromimporten aus der Schweiz zu stemmen ist. Trotzdem sind wir drauf und dran, bei unserer Energieversorgung den Fehler unseres grossen Nachbarn im Norden zu wiederholen: Der etappenweise Atomausstieg wurde 2018 besiegelt. Im Juni stimmen wir über ein neues Klimagesetz ab, mit dem wir den Verzicht auf Öl und Gas bis 2050 beschliessen sollen. Gleichzeitig soll weiterhin mit hohen Beträgen der Ausbau von erneuerbaren Energieträgern wie Wasser und Sonne subventioniert werden. Nur: Wer liefert uns Elektrizität, wenn wir Netze abschalten müssen, weil all die schönen Solar- und Windanlagen zu viel Strom zur falschen Zeit liefern und die Leitungen überlastet werden? Deutschland sicher nicht.

Es braucht zwei Stromsysteme

SVP-Energiepolitiker Christian Imark warnt: Heute spreche zwar noch niemand darüber, aber die erneuerbaren Energieträume von Mitte-links bedingten gewaltige Investitionen in die Verteilnetze von Stadt und Land. «Selbst wenn wir so weitermachen wie bisher, auf der Grundlage der Energiestrategie, wie sie 2018 an der Urne beschlossen wurde, müssten wir in den kommenden Jahren gegen 45 Milliarden Franken in den Netzausbau investieren», so Imark. «Für die Erreichung des Netto-null-Zieles beim CO₂-Ausstoss muss noch mehr Flatterstrom [Sonne, Wind] bereitgestellt werden, und der Netzausbau verteuert sich um zusätzliche 37 Milliarden Franken.»

Zur Kasse gebeten würden die Stromkonsumenten schneller, als ihnen lieb ist. Imark verweist auf eine Studie, die unter Bundesrätin Simonetta Sommaruga (SP) im November 2022 veröffentlicht wurde. Beim beschleunigten Ausbau von Solaranlagen, wie vom Ständerat beschlossen, steigen die Netzkosten und Netztarife laut der BFE-Studie bereits zwischen 2026 und 2035 rasant an. Imark: **«Man wird gewissermassen zwei parallele Stromversorgungssysteme aufbauen müssen mit einem Back-up-Kraftwerkspark, wenn Erneuerbare wie Sonne und Wind ausfallen. Das ist volkswirtschaftlich gesehen Unsinn.»**

Doch Bundesrat und Parlament lassen sich bei den Themen Klima und Energie von den Medien treiben, welche Panik schüren und Angst verbreiten. Das neue Klimagesetz – vom Parlament erarbeitet und vom Bundesrat beklatscht, nur damit die Initianten der fundamentalistischen Gletscherinitiative ihr Begehren zurückziehen – führt aufgrund strenger Etappenziele faktisch zum Verbot von Öl und Gasheizungen, von Benzin- und Dieselaautos. **Ob sich das aufs Klima auswirkt, bleibt fraglich. Sicher ist nur, dass es enorme Summen verschlingen wird.**

xxx

DWN Exklusiv: Ist Deutschlands Wasserstoff-Wirtschaft nur eine Illusion?

NICOLAS DVORAK, 30.04.2023

Energie-Experte Heinrich Duepmann über die komplexen Herausforderungen rund um die geplante Wasserstoffwirtschaft. Ist diese nicht mehr als eine Illusion?



Die geplante Wasserstoff-Wirtschaft wird möglicherweise nie realisiert werden. (Foto: dpa)

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Herr Duepmann, die Bundesregierung propagiert den Einsatz von „grünem Wasserstoff“. Dieser soll einen wichtigen „Schlussstein“ für die Energiewende bilden. Was ist „grüner Wasserstoff“ und gibt es noch andere Arten des Elements?*

Heinrich Duepmann: Treffender soll die Wasserstoff-Wirtschaft zunächst das Mittel gegen eine der zwei zentralen Schwächen der Energiewende, nämlich die „Dunkelflaute“ (Zeiten, in denen die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht – der Autor) sein. Die zweite große Schwäche ist, in diesem Kontext nachrangig, die mangelnde Regelstromfähigkeit, die das Stromnetz in Betrieb hält.

Darüber hinaus soll grüner Wasserstoff der Ersatz für alle fossilen Brennstoffe, also vorwiegend Öl, Kohle, Gas aber auch Holz in gewissen Konstellationen, sein, um im Zuge der Wärmewende die nunmal lebensnotwendige Energie ohne CO₂-Emission mit Wärme-Abgabe zu reinem Wasser (H₂O) verbrennend statt zu CO₂ wie die genannten Brennstoffe zu erzeugen.

Da Wasserstoff (als Molekül H₂) auf unserem Globus nicht als „Rohstoff“ vorkommt, muss man ihn künstlich erzeugen. Und wenn man diesen Erzeugungsprozess vollziehen kann, ohne dabei CO₂-zu erzeugen - also den Carbon-Eintrag Null hat - spricht man, seitdem die Energiewende voranschreitet, von grünem Wasserstoff.

Nach derzeitigem deutschen Verständnis ist dieses mit menschlichen Sinnen nicht direkt wahrnehmbare Gas (unsichtbar, kein Geruch, nicht zu schmecken, gasförmig bis tief unter Null Grad) per Definition von der „Farbe Grün“, wenn es per Elektrolyse mit Strom erzeugt wird, der wiederum selbst Carbon-Eintrag Null hat, was wiederum gemäß deutscher Definition nur bei Strom aus den sogenannten „Erneuerbaren Energien“ der Fall ist, also Sonne, Wind und Biogas (neben anderen unbedeutenden Kleinstmengen wie Geothermie).

Schon seit mehr als 100 Jahren wird hauptsächlich für die Ammoniak- und Azetylen-Erzeugung für Dünger und Kunststoffe Wasserstoff unter hohem fossilen Energie-Einsatz (z.B. sogenannte Dampfreformation, also CO₂-Entstehung) in industriellen Mengen erzeugt. Dieser Wasserstoff wird „grau“ genannt und ist identisch mit dem grünen, das heißt von ihm nicht unterscheidbar.

Im soeben im Kabinett genehmigten GEG24-Entwurf (Verbot der Gas- und Öl-Heizung) ist auch der „blaue“ Wasserstoff als genehmer Ersatz für Erdgas genannt: Hierbei wird bei der H₂-Gewinnung wie oben das freiwerdende CO₂ allerdings durch das bereits in den Jahren 2007 bis 2009 diskutierte und wegen der hohen Kosten und gewisser Risiken verworfene CCS-Verfahren (Carbon-Capture-Storage) nunmehr doch eingesetzt, um das beim Reformierungs-Prozesses entstehende CO₂ zu speichern. Die Ampel führt also nunmehr das damals verworfene CCS-Verfahren en passant mit dem GEG24 ein.

Daneben hat man inzwischen noch die Farbe „Türkis“ definiert: Es gibt ein sehr Energie-intensives Pyrolyse-Verfahren zur H₂-Erzeugung, bei dem Methan (CH₄) direkt in Wasserstoff und Kohlestoff gespalten wird, so dass man die Kohle direkt ablagern könnte (statt sie wie der Rest der Welt zu verbrennen). Dieses Verfahren ist wegen des Energie-Einsatzes de facto ein Perpetuum Mobile, auch wenn Sonnen-Energie kostenlos ist.

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Nehmen wir einmal an, die anvisierte Wasserstoffwirtschaft würde über Nacht vollständig realisiert: wie würden Industrie, Verkehr und Stromerzeugung dann in einem idealen Szenario funktionieren?*

Heinrich Duepmann: Die Frage sprengt meine Vorstellungskraft, weil der Umstellungsaufwand aller energetischen Prozesse von Öl, Erdgas, Kohle und Holz (als Brennstoff, nur durch die Nutzung von Holz als Kohleersatz in unseren (Heiz-) Kraftwerken würden wir in 22 Jahren den gesamten deutschen Wald verbrennen) eine Komplexität beinhaltet, die vielleicht hunderte von Jahren zur Bewältigung benötigt. Retrograd kann man das vielleicht aus der nun bald 100 Jahre zurückliegenden Hindenburg-Luftschiff-H₂-Katastrophe in Lakehurst, USA, ableiten. Damals war man bereits in der Lage, für die damalige Zeit große Mengen H₂ herzustellen. Einen Verbrennungsmotor mit H₂ zu betreiben, ist für jeden Techniker mit geringster Erklärung verständlich machbar. Trotzdem ist in diesen 100 Jahren keine Entwicklung in dieser Richtung erfolgt.

Der Grund liegt in den physikalischen und chemischen Eigenschaften von H₂ begründet, was vermutlich auch für all die anderen umzustellenden Prozesse noch völlig unbekannt Aufgabenstellungen hervorrufen wird. Natürlich haben Kosten und gesunder Menschenverstand in diesen Jahren auch Bedeutung gehabt.

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Sie weisen darauf hin, dass – Stand heute – eine Verwirklichung dieser Pläne illusorisch ist. An welchen zentralen Schwachstellen könnte die Wasserstoffwirtschaft demnach scheitern?*

Heinrich Duepmann: Der Versuch der Etablierung einer Wasserstoffwirtschaft (als Ersatz für eine fossile Energiewirtschaft) kann aus zwei Gründen nicht erfolgreich sein und dieses in Deutschland bereits begonnene Projekt ist deshalb abzubrechen:

1. In der unterlegten Konzeption ist ein Gesamt-Wirkungsgrad von 15 Prozent zu erwarten. Nach unseren (NAEB) Berechnungen würde allein Deutschlands Energieversorgung neben der innerdeutschen aus Photovoltaik erzeugten Überschuss-Strommenge eine Fläche in der Größe Nordafrikas ab etwa dem zehnten nördlichen Breitengrad erfordern. Vermutlich würde eine weltweite Umstellung weit mehr Fläche als die gesamte Erdoberfläche einschließlich der Meere beanspruchen.

2. Die Vorratshaltung von Wasserstoff würde in der Menge eines Drittel-Jahresbedarfes zwei Millionen Kavernen (40 Meter Durchmesser, 200 Meter hoch) in den Salzstöcken Norddeutschlands und unter der Nordsee bedeuten (abgeleitet aus der heutigen Vorratssituation in Kombination mit gesicherten Beschaffungen z.B. aus Braunkohletagebau, Kohlehalden, Öl und Erdgas in Kavernen und oberirdischen Tanks, Holzeinschlag).

Der Energie-Gesamtbedarf Deutschlands wird mit 4.000 Terawattstunden (TWh) angenommen. Vergleichsweise würde eine konventionelle Energie-Vorhaltung des deutschen Gesamtbedarfes in Steinkohle eine Quaderförmige Halde von 7,5 km Länge, 100 m Breite und 20 m Höhe ausmachen – eine überschaubare Größe.

Die unvorstellbare Zahl von zwei Millionen Kavernen, die sich räumlich wegen der exzellenten deutschen, weltweit vermutlich einzigartigen, Salzstockstrukturen sogar herstellen ließen, resultiert aus den sehr ungünstigen physikalisch-chemischen Eigenschaften von H₂.

Es ist das kleinste/erste Element in der Periodentafel, woraus letztlich die geringe Energiedichte resultiert. Ob allerdings die Kavernen-Speicherung überhaupt sicherheitstechnisch vertretbar ist, wird derzeit in einem Feldversuch getestet, womit allerdings selbst bei Erfolg durchaus keine Gewähr für eine generelle Eignung gegeben ist.

H₂ ist ein sehr reaktionsfreudiges Element und was sich in den vielen hundert Millionen Jahren des Entstehens an Einlagerungen in den Salzstöcken ergeben hat und dann an den Kontaktflächen nach dem Spülen (Bierflaschenform) zu chemischen Reaktionen bis hin zum Knallgas-Effekt entstehen kann, sprengt vermutlich menschliche Vorstellungskräfte.

Das Spülen (Herstellen durch Wegspülen des Salzes) einer derartigen Kaverne dauert heute rund zwei Jahre und es ist eine Pipeline für An- und Abtransport von Wasser zum Meer erforderlich. Die Dauer der Spülzeit, die ja nach den deutschen Politiker-Plänen 2045 abgeschlossen sein müsste, würde bei angenommenen 4.000 parallelen Kavernen-Spülvorgängen (derzeit dürften weniger als 10 parallele Spülungen in Arbeit sein) 500 Jahre also bis etwa ins Jahr 2500 dauern.

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Der benötigte Wasserstoff soll in Deutschland aus „Überschussstrom“ hergestellt und auch aus dem Ausland importiert werden. Wird aus Ihrer Sicht künftig überhaupt genügend Strom zur Elektrolyse vorhanden sein? Schließlich dürfte auch der Strombedarf deutlich ansteigen.*

Heinrich Duepmann: Wir haben bei NAEB in unseren Kalkulationen an Hand der COB-Werte von Wärmepumpen, des derzeit gegebenen Mobilitätsverhaltens der Bürger und des Wärmebedarfs für Wohnen und industrielle Prozesse einen Rückgang des Gesamtverbrauchs von rund 4.000 TWh auf 3.100 TWh angenommen mit einem Stromanteil von 800-1.000 TWh, ausgehend von heute rund 550 TWh für Strom.

Ein großer Unsicherheitsfaktor ist hier der Energiebedarf für Gütertransport (LKW). Die Politik hat nicht abschließend formuliert, welcher Energietyp hier der zukünftige sein wird. Den Anteil der inländischen Stromerzeugung in direkter Nutzung bzw. über Kurzzeit-Pufferung per Batterie nehmen wir mit 400 TWh unter Berücksichtigung des Wärmepumpeneinsatzes an.

Den Anteil der verwertbaren (Begrenzungsfaktor Elektrolyse-Kapazität) inländischen Strom-Überschußerzeugung sehen wir bei 250 TWh, was bei einem angenommenen Wirkungsgrad von 40 Prozent (statt 15 Prozent wie beim Import) zu circa 100 TWh Nutzenergie führt. Somit verbleibt ein Netto-Import (nach Zwischen-Speicherung und innerdeutschem Pipeline-Transport) von 2.000 TWh (*),

woraus sich ein Voltaik-Strom-Bedarf von 13.300 TWh jährlich ergibt; der heutige deutsche Gesamtbedarf an Strom ist 550, inländisch erzeugt.

Auf Basis derzeit realistischer Annahme von 1.000 kWh Jahresertrag in ertragreicher Region (Äquatornah, kurze Regenzeit) je Quadratmeter Landfläche (2/3 Panel-bedeckt) bedeutet das eine Fläche, die jener Nordafrikas bis etwa 10 Grad nördlicher Breite entspricht.

Zweifelsfrei ist die Zeit des Kolonialismus vorbei, so dass damit ein dritter allein hinreichender Grund gegeben wäre, dieses Projekt nicht zu beginnen.

() Hier ist eine Nettomengen-Kumulation vorgenommen. Letztlich fehlt dabei die H₂-Menge für den Turbinenbetrieb bei der Stromerzeugung, der in der Größenordnung 700 TWh liegen könnte, was als alternativen Voltaik-Strommengenwert 17.300 statt 13.300 TWh ergäbe. Andererseits ist die bisherige Gesamt-Energiemenge hoch angesetzt, so dass es hier um zwei gegenläufige Unsicherheiten geht.*

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Zum Import von Wasserstoff aus dem Ausland: Existieren dazu konkrete Pläne? Und ist der Transport über weite Strecken aus Ihrer Sicht technisch und wirtschaftlich machbar?*

Heinrich Duepmann: Ich habe im Januar in einem Vortrag der Firma Open Grid Europe GmbH (OGE) eine Vorstellung dieses Projektes mit realistischen und für uns plausiblen und nachvollziehbaren Kosten-Informationen und allerdings völlig anderen Mengen-Annahmen bezogen auf die Jahre 2030 und 2045 gehört. OGE rechnete mit Bezugspfaden über Nordafrika und den Vorderen Orient.

Die Planung sind sehr konkret, erwähnt wurden Anreizprogramme für Investitionen in Photovoltaik in diesen Regionen als in Vorbereitung vorgestellt.

Grundsätzlich ist diese Konzeption technisch realisierbar und unter Berücksichtigung der politischen und Bevölkerungs-Restriktionen machbar. Zweifelsfrei werden allerdings, abgesehen davon, dass dort ja nicht Niemandsland ist, unvorstellbare und von mir auch nicht einschätzbare Klima-Auswirkungen durch die Belegung derart großer Flächenanteile unseres Globus mit Voltaik-Anlagen eintreten, die vermutlich alle Kontinente tangieren werden.

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Wenn man die benötigte Primärenergie tatsächlich wie im Rahmen der Energiewende geplant komplett auf Wasserstoff und fossilfreien Strom umstellen möchte, muss Wasserstoff in großem Umfang gespeichert werden. Dazu sollen auch Salzkavernen im norddeutschen Tiefland umgewidmet werden. Können Sie unseren Lesern die Dimension der Speicherproblematik anhand dieser Kavernen erläutern?*

Heinrich Duepmann: In der Frage nach den Schwachstellen hatte ich bereits das Kavernen-Problem kurz angerissen. Bisher ist das Problem der Speicherbarkeit überhaupt nicht thematisiert. Wir haben auch vielfach nachgerechnet, bevor wir die Zahl von zwei Millionen Kavernen für die Vorhaltung eines Drittels des Jahresbedarf vertreten haben.

Allerdings machen die Ereignisse der letzten Jahre klar, dass man auch außergewöhnliche Ereignisse berücksichtigen muss. Und wir haben noch die Auswirkungen auf den Flugverkehr im Gedächtnis, als vor wenigen Jahren der Ausbruch eines isländischen Vulkans für viele Monate den Flugverkehr empfindlich behinderte. Ein solcher Ausbruch sogar am anderen Ende der Welt könnte schlagartig und für lange Zeit den Voltaik-Ertrag um bis zu 50 Prozent reduzieren, was dann für Deutschland ein unvorstellbares Schadensausmaß bedeuten würde, denn Wasserstoff in den erforderlichen Mengen ließe sich dann nicht mehr erzeugen.

Allerdings ist auch die Kavernen-Sicherheit nicht abschließend geprüft und H2 weist nun mal das sogenannte Knallgas-Verhalten auf. Das ganz Norddeutschland wie auf einem Schweizerkäse mit Knallgas-Ballons sitzen wird, lässt sich hoffentlich durch die noch laufenden Tests ausschließen.

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Welcher Preis wird am Ende der internationalen Wasserstoff-Lieferkette stehen? Ist die deutsche Wirtschaft damit noch konkurrenzfähig?*

Heinrich Duepmann: Die Beantwortung des zweiten Teils der Frage ist für jedermann bis hierhin schon klar.

Zum ersten Teil: Der Beschaffungspreis für eine Kilowattstunde Wasserstoff (Heizwert) wird nach unserer Kalkulation eines angenommenen Voltaik-kWh-Preises von 3 Cent bei 18,6 Cent an einer innerdeutschen Pipeline-Abgabestelle liegen. Das entspricht dem 22-fachen des Preises für russisches Erdgas, wie er im Dezember 2019 von der Moscow Times und von Herrn Putin selbst auf einer Presseveranstaltung im Juli 2022 genannt wurde.

Die Herstellungskosten einer Kilowattstunde (KWh) Strom werden bei rund 33 Cent liegen, was dem Zehnfachen des Durchschnitts-Erzeugungspreises für Strom im Jahr 2019 entspricht (ohne EEG-Anteile und Steueranteile).

Der Abgabepreis für Strom an Endverbraucher wird unseren Berechnungen zufolge bei 150 Cent/KWh liegen, was das Zehnfache des Preises aus dem Jahr 2010 ausmacht.

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Lässt sich die deutsche Gas-Infrastruktur Ihrer Meinung nach Wasserstoff-kompatibel umrüsten? Existieren schon geeignete Turbinen, um Wasserstoff wieder in Strom oder Wärme umzuwandeln?*

Heinrich Duepmann: Die Zielrichtung der deutschen Politik ist nicht klar. Die Firma OGE – vermutlich das federführende Organ der Politik – geht von einem zügigen Ausbau des H2-Pipeline-Netzes durch Umwidmung eines der jeweils als Tandems ausgelegten Stränge des derzeitigen Erdgas-Netzes auf H2 (Ertüchtigung/Neubau) für einen wahrscheinlich über mehrere Dekaden laufenden Parallel-Betrieb mit dem bestehenden Erdgas-Netz aus.

In parallel laufenden Pilotprojekten mit inländischem Überschussstrom für Elektrolyse wird ein H2-Beimischungskonzept unterstellt. Hier orientiert man sich an der Ist-Situation, nämlich, dass keine H2-geeigneten Gasturbinen verfügbar sind. Beide Konzepte tragen Risiko-Elemente, deren Behandlung hier den Rahmen sprengt.

Wie eine Migration von einer Erdgas-Versorgung zu einer H2-Versorgung ablaufen soll, wenn nicht vollständiger Gas-Brennstoffverzicht auf Endverbraucher-Ebene durchgesetzt werden soll, ist ein völlig unklarer Punkt, unter anderem auch wegen des Gefahren-Risikos der Wasserstoffpipeline-Strecken.

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Gibt es auf der Welt noch andere Länder, die sich der Wasserstoffwirtschaft verschrieben haben oder ist Deutschland auf diesem Gebiet ein einsamer Vorreiter?*

Heinrich Duepmann: Im Konzept von OGE war die internationale H2-Logistik als reines Einbahnstraßen-System Richtung Deutschland dargestellt. Japan hat mit H2-Anlieferung aus Australien experimentiert und dafür auch den bisher einzigen H2-Tanker der Welt entwickelt – treibt die Entwicklung derzeit aber wohl nicht mehr voran. Andere Pläne sind weltweit nicht bekannt.

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Birgt Wasserstoff spezifische Risiken, die bei seiner Nutzung beachtet werden sollten?*

Heinrich Duepmann: Wasserstoff ist als kleinstes Element mit dem niedrigen Schmelz- und Siedepunkt schwer beherrschbar. Es bedarf spezieller Werkstoffe für Leitungen und Ventile. Auch die Energie-Abgabe ist anders (schlechter) als bei anderen Gasen im Brennprozess, da das Strahlungsband schmal ist.

Auch die Odorierung, d.h. die Beimischung eines Duftstoffes zur Gefahrenwahrnehmung ist (bisher zumindest) nicht möglich, da es stets zu einer schnellen Entmischung kommt. Man sagt im Slang: „Der Wasserstoff schlüpft durch alle Kristallstrukturen hindurch.“

Deutsche Wirtschaftsnachrichten: *Zuletzt ein Kommentar zur Politik der Energiewende ganz allgemein: Kann sie gelingen? Wie wird sich die Situation in den kommenden Jahren Ihrer Einschätzung zufolge entwickeln?*

Heinrich Duepmann: Die Energiewende ist nicht gescheitert. Scheitern kann nur ein Projekt, wo man etwas versucht, dessen Umsetzung scheitern kann oder wo es mehrere Wege der Umsetzung gibt und es gilt, den besten Ansatz experimentell zu erkennen.

Dass die Energiewende, das heißt die Versorgung einer Volkswirtschaft (präziser ausgedrückt einer Strom-Regelzone oder mehrerer) allein mit den Stromerzeugern Voltaik, Windkraft und Biogas-Anlage nicht möglich ist, ist jedem Elektro-Ingenieur klar, der sich mit der (Strom-)Netztechnik auseinandergesetzt hat.

Aber auch dem fachfremden Bürger ist eingängig, dass nachts keine Sonne scheint, meistens der Wind nicht passt, Strom großtechnisch nicht speicherbar ist und die Verdreifachung der volkswirtschaftlichen Gesamtkosten der Stromversorgung bei unveränderter Verbrauchsmenge binnen 20 Jahren von 2000 – 2019, wohngegen weltweit die Strompreise konstant geblieben sind, Anlass genug sind, damit aufzuhören.

Das Projekt ist und war unsinnig von Beginn an und hätte nie begonnen werden dürfen. Schon die Formulierung, wonach die Energiewende gescheitert sei, ist ein Element der Beeinflussung, da sie suggeriert, dass sie bei anderer Auslegung zum Erfolg hätte gebracht werden können.

Für Deutschland gälte es jetzt aus der Sackgasse raus zu kommen, und da ist in der prekären Versorgungssituation nur noch der Erhalt der Kohleverstromung existenziell wichtig. Ansonsten wäre alles andere vergeblich. Auf der WEB-Site von NAEB e.V. Stromverbraucherschutz sind die 6 elementaren Aktions-Punkte formuliert (naeb.info).

Wie das weiter oder besser zu Ende gehen kann, vermag ich nicht einzuschätzen. Im Jahr 2000 bei der Einführung des EEG habe wir gesagt, das werden die nicht vorantrieben, die müssen das merken. Beim ersten Kernkraft-Abschaltbeschluss im Jahr 2002 haben wir das Gleiche gesagt, 2011 beim 2. Abschaltbeschluss habe ich dann allerdings schon prognostiziert, dass die Kohle als nächstes dran sein würde. Seit 2019 versuchen wir vergeblich, die Bürger für das Problem der Vernichtung der Kohleverstromung zu sensibilisieren. Vielleicht gelingt dies jetzt mit dem Heizungsverbot, das Thema Wasserstoff ist nicht griffig genug – denn weder Erdgas noch Wasserstoff kann man sehen.

Heinrich Duepmann ist Dipl.-Mathematiker, ehemalige Führungskraft in deutschen Unternehmen und Vorsitzender des im Jahr 2009 gegründeten Vereins NAEB Stromverbraucherschutz mit Schlüsselerlebnis im Jahre 1988 anlässlich der zweiten bundesdeutschen Energiekrise.

xxx

Die wichtigste Zahl zum Klimagesetz

Die Schweiz hat seit 1850 nicht einmal 0,002 Grad zur globalen Erwärmung beigetragen. Der Nutzen von «netto null» ist – null.

Philipp Gut

Null Komma null null zwei Grad – über diese Zahl spricht im Abstimmungskampf zum Klimagesetz, dem «Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit» (indirekter Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative), niemand. Dabei ist es die vielleicht wichtigste Zahl, die man zur Volksabstimmung vom 18. Juni kennen sollte. Weniger als 0,002 Grad – das ist der Beitrag der Schweiz zur globalen Erwärmung seit der Industrialisierung. Oder anders und noch etwas präziser formuliert: Im Zeitraum von 1850 bis 2021 haben die Schweiz, ihre Menschen und Tiere das Klima mit dem Ausstoss von Treibhausgasen (CO₂, Methan, Lachgas) um knapp zwei Tausendstel Grad erwärmt. Das entspricht einem Anteil von 0,1 Prozent oder einem Tausendstel.



Treppenwitz der Klimageschichte

Herausgefunden hat dies ein Team um den Klimaforscher Matthew Jones, der am Tyndall Centre for Climate Change Research an der School of Environmental Sciences an der University of East Anglia arbeitet. Dabei haben Matthew und seine Kollegen den Beitrag einzelner Länder zur Erderwärmung in den letzten 171 Jahren untersucht. Am grössten ist demnach der Anteil der USA (18,6 Prozent, 0,279 Grad) und Chinas (12,5 Prozent, 0,199 Grad).

Der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern führt zu einem riesigen Mehrbedarf an Strom.

Der Beitrag der Schweiz hingegen ist vernachlässigbar. 0,002 Grad – welcher Organismus, welches Lebewesen, welcher Baum, welches Tier, welcher Mensch würde einen solch fast nicht mehr messbaren Temperaturunterschied spüren? Die Resultate der Studie sind umso glaubwürdiger, als die Autoren nicht im Verdacht stehen, «Klimaskeptiker» zu sein. So sprach denn auch der *Tages-Anzeiger* von einer «Rangliste der Klimasünder». Die Schweiz gehört definitiv nicht dazu. Diese historischen Erkenntnisse decken sich mit aktuellen Daten: Auch heute steuert unser Land nur rund einen Tausendstel zu den weltweiten CO₂-Emissionen bei.

Die politische Pointe dieser Zahlen und Fakten: Mit einem Ja zum Klimaschutzgesetz können wir das Klima, welches das Gesetz zu schützen vorgibt, nicht schützen. Die Wirkung der einschneidenden Massnahmen wäre annähernd null (der Begriff «netto null» bekommt so eine neue Bedeutung). Wir könnten damit nicht einen Quadratzentimeter Gletscher retten, keinen einzigen Hitzetag verhindern und schon gar nicht «unwiderruflich zerstörte Ökosysteme» (*Tages-Anzeiger*) wiederherstellen. Doch genau dies behaupten die Befürworter des Gesetzes: «Schützen, was uns wichtig ist», lautet ihr Slogan. Ein Treppenwitz der Klimageschichte.

Blankocheck für Bevormundung

Dieser Witz – und hier wird es ernst – kommt uns allerdings teuer zu stehen. Die Gegner rechnen unter Berufung auf eine ETH-Studie mit Kosten von 387 Milliarden Franken. Ebenfalls aus Berechnungen der ETH geht hervor, dass die jährlichen Energiekosten pro Kopf von heute 3000 auf 9600 Franken steigen werden. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler müssten milliardensubventionen an ohnehin boomende Branchen leisten. Belastet würde die Bevölkerung auch durch steigende Mieten und Produktpreise. Die Wirtschaft würde, wie es die *Weltwoche* formulierte, zu einer Vollbremsung gezwungen.

Hinzu kommen die Folgen für die Energieversorgung. Der Ausstieg aus den fossilen Energieträgern – und damit ein faktisches Verbot für Benzin, Diesel, Öl und Gas – führt zu einem riesigen Mehrbedarf an Strom. Und dies, während wir gleichzeitig die Kernkraftwerke abstellen. Selbst Berufsoptimisten geraten ins Grübeln, wenn sie diesen Tatsachen ins Auge sehen. Ganz zu schweigen von der Landschaftsverschandelung durch Tausende Windräder und Millionen von Quadratmetern an Solarpanels, die die Augen blenden.

Last, but not least stellt das Klimagesetz dem Bundesrat einen Blankocheck aus, um die Bürgerinnen und Bürger mit Zwangsmassnahmen wie Kleinkinder zu bevormunden («Nein, mit diesem Motor darfst du nicht fahren», «Nein, mit dieser Heizung darfst du nicht heizen», «Nein, in diesem Haus darfst du nicht wohnen»). Und das alles wegen 0,002 Grad?

xxx

Rache an Russland: Polen will Dritten Weltkrieg provozieren

RONALD BARAZON, 06.05.2023

Polen bemüht sich derzeit intensiv, Russland zu einem Angriff zu provozieren, um sich mithilfe der Nato in einem Dritten Weltkrieg an dem Land zu rächen.

Die polnische Regierung unternimmt derzeit zahllose Aktionen, um Russland zu einem Angriff auf das Land zu provozieren. Diese Politik führte vor kurzem sogar zur kuriosen Konfiskation eines Gebäudes, das in Moskau als russisches Eigentum betrachtet wird. Das Haus ist in einem desolaten Zustand, also uninteressant, es ging nur darum, Russland zu reizen. Wird Polen von Russland angegriffen, dann wäre ein NATO-Land betroffen und dieser Umstand hätte zur Folge, dass durch die vertraglich verankerte Beistandspflicht alle 31 Staaten der Organisation gemeinsam zurückschlagen müssten. Dann hätte Polen sein Ziel erreicht und könnte sich mit Hilfe der militärischen Großmacht für die jahrhundertelange Unterdrückung durch Russland rächen. Die unter den Zaren begonnene und in der Sowjetunion fortgesetzte Knechtschaft lässt die polnischen Politiker nicht los und sie können nicht zur Kenntnis nehmen, dass Polen heute ein freies Land mit fast 40 Millionen Einwohnern ist und sich endlich nach eigenen Vorstellungen entwickeln sollte.

Ein zufälliger Triumph über die Rote Armee im Jahr 1920 wird bis heute gefeiert

Der zwanghafte Drang, die Geschichte neu zu schreiben, hat das Land schon vor mehr als hundert Jahren ruiniert. Als nach dem Ersten Weltkrieg die mehrere Jahrhunderte dauernde Dominanz durch Russland und auch durch Preußen und Österreich zu Ende war, nahm man unter der Führung des legendären Marschalls Josef Pilsudski die endlich gewonnene Freiheit nicht zur Kenntnis. Man begann vielmehr erfolglose Kriege gegen die Nachbarn und vor allem gegen Russland zu führen. Allerdings wurde am 16. August 1920 überraschend eine große Schlacht gegen die Rote Armee gewonnen und die heutige Republik feiert dieses einmalige Ereignis jedes Jahr mit einer Parade unter der Patronanz der Staatspräsidenten. Die Aktionen vor hundert Jahren endeten letztlich im Untergang des Staates, der bis zum Ende der Sowjetunion 1989 den Befehlen aus Moskau zu gehorchen hatte.

Die vermeintlich übermächtige NATO soll Russland vernichten

In der europaweit grassierenden Überschätzung der NATO zeigt die Phantasie den polnischen Politikern ein globales Schlachtfeld, auf dem die geballte Kraft der NATO das schwache Russland zerschmettert. Russland ist, wie man am bisherigen Verlauf des Ukraine-Kriegs sieht, tatsächlich schwach. Nur verfügt

das Land über Atombomben, die Polen, ganz Westeuropa und auch die USA verwüsten können. Dass Russland unmittelbar nach einem derartigen Schlag durch einen nuklearen Gegenangriff auch in ein Trümmerfeld verwandelt wird, ist kein Trost für die Opfer.

Doch damit nicht genug. Bei einer tatsächlichen Konfrontation zwischen der NATO und Russland würde China auf der Seite Russlands eingreifen und Lücken in der russischen Verteidigung schließen. Der Traum vom starken Onkel NATO, der die bösen Russen vernichtet, wäre prompt ausgeträumt. Ein neuer Weltkrieg würde zum Tod von Millionen Menschen, zur Zerstörung von Städten führen und weite Gebiete unbewohnbar machen und den polnischen Kriegstreibern keinen Triumph bescheren.

Polen nützt die traditionelle Angst der Amerikaner vor den Russen

Das Spiel mit dem Feuer betreiben die Warschauer Brandstifter nicht allein. Es ist ihnen gelungen, die traditionell tief sitzende Angst der Amerikaner vor den Russen anzusprechen und das bereits seit mehreren Jahren. Dies hat zum Aufbau von Raketenbasen und der Stationierung von NATO-Truppen an der EU-Ostgrenze ab 2015 geführt. Vor wenigen Tagen hat der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki in Washington seine Botschaften bei US-Präsident Joe Biden platzieren können und fand dabei wie schon bei früheren Gelegenheiten ein offenes Ohr.

- Polen übernimmt turnusmäßig den Vorsitz in der EU 2025 und werde diese Position nützen um mehr „USA in der EU und mehr EU in den USA“ zu forcieren, wie es der polnische Präsident Andrzej Duda kürzlich formulierte. Der vom französischen Präsidenten, Emmanuel Macron, angestrebte Aufbau eines eigenständigen Europas, das nicht auf die von den USA dominierte NATO angewiesen ist, wird von Polen abgelehnt.
- Der Schwerpunkt der EU sei schon jetzt nicht mehr in Paris und Berlin zu sehen, sondern in Warschau und in den anderen EU-Staaten an der Ostgrenze der EU.
- Polen betreibt eine systematische Aufrüstung und gibt trotz der wirtschaftlichen Schwäche des Landes bereits 2,42 Prozent der Wirtschaftsleistung für das Militär aus, obwohl die Orientierungsgröße in Europa bei 1,5 Prozent liegt.
- Diese Woche hat die größte Militärübung des Jahres begonnen. An dem Manöver unter dem Codenamen „Anakonda 23“ nehmen bis 26. Mai mehr als 12.000 polnische und mehrere hundert Soldaten aus den USA und anderen NATO-Bündnispartnern teil.

Offiziell geht es nicht um Polens Ziele, sondern um Hilfe für die Ukraine

Als offizielle Rechtfertigung für diese aggressive Politik dient nicht das eigene Interesse, sondern der Einsatz Polens für die Ukraine. In kurzen Abständen betonen die Spitzenpolitiker die Solidarität mit der Ukraine. Polen spielt eine entscheidende Rolle bei der Beschaffung von Waffen und vor allem von Panzern für die Ukraine. Gegen den Willen der anderen NATO-Partner will Polen der Ukraine auch Kampfjets liefern. Als Mitglied der NATO und der EU ist Polen gut platziert, die Aufnahme der Ukraine in diese beiden Organisationen zu betreiben. Dass gerade das Liebeswerben der Ukraine um die NATO und die EU Moskau provoziert und entscheidend zur russischen Invasion beigetragen hat, sollte nicht übersehen werden. Doch der polnischen Führung ist dieser Umstand gerade recht, weil es den Gegensatz zu Russland verschärft.

Den NATO-Spitzen ist offenbar nicht klar, welches Spiel Polen treibt. Sehr geschickt wird nur betont, dass man sich von einer russischen Invasion nach dem Muster des Ukraine-Kriegs fürchte und man daher alles unternehme, um durch Abschreckung Russland in Zaum zu halten. Im Ernstfall müsse man gerüstet sein.

Soll man einen Weltkrieg führen, um die Rachegefühle der Polen und der Ukrainer zu befriedigen?

Es ist dringend geboten, dass man in Washington, London, Paris und Berlin aufwacht und diesem Treiben Einhalt gebietet. Oder will irgendjemand in den westlichen Regierungen einen Weltkrieg führen, damit Polen seine Rache an Russland für das ohne Zweifel stattgefundene, aber nicht mehr korrigierbare Unrecht vergangener Jahrhunderte ausleben kann? Wohl kaum. Es ist auch im Widerspruch zum Grundsatz, dass man die heute bestehenden Grenzen endlich akzeptieren und in den Ländern für Wohlstand und Frieden sorgen möge.

Auch wird längst im Ukraine-Krieg und in der Begeisterung für das von Präsident Wolodymyr Selenskij inszenierte Feuerwerk an Werbeauftritten das eigentliche Problem des Ukraine-Kriegs übersehen. Schon der Auslöser war in erster Linie die von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg betriebene Umarmung aller ukrainischen Spitzenpolitiker, die den Eindruck entstehen ließ, Ukraine werde prompt Mitglied der NATO. Und jetzt wird das Thema nicht zur Beruhigung der Lage aus dem geopolitischen Programm genommen, nein, im Gegenteil, aktuell wird ständig von der Aufnahme der Ukraine in die EU und in die NATO geredet, womit an Russland das Signal gesendet wird, dass der Westen tatsächlich an der ukrainisch-russischen Grenze seine Soldaten positionieren will. Eine völlig überflüssige Verschärfung des Konflikts.

Ein Beitritt der Ukraine zur NATO würde sofort den Weltkrieg auslösen: Die Ukraine wird von Russland angegriffen, also müssten alle NATO-Staaten an der Seite der Ukraine an dem Krieg teilnehmen. Es ist also völlig unsinnig, von einer NATO-Mitgliedschaft zu sprechen – außer die 31 NATO-Staaten wollen unbedingt die Welt ruinieren. Somit müsste klar sein, wie es auch US-Präsident Joe Biden formuliert hat: „Wir helfen einem Freund in Not und borgen ihm Waffen“. Und nicht mehr. Auch hier müsste gelten, es ist nicht Aufgabe der Weltgemeinschaft das Unrecht, das Russland unter den Zaren und unter Stalin in der Ukraine begangen hat, zu rächen.

Ein Beitritt der Ukraine zur EU ist ebenfalls unsinnig. Dringend erforderlich ist ein umfassender Aufbau der Infrastruktur, der Industrie und des Gewerbes wie der staatlichen Institutionen. Dazu ist die EU nicht in der Lage, wie man etwa in den maroden Nachbarländern der Ukraine, in Bulgarien und Rumänien, sieht. Es kommen keine Wunder und keine Wundertäter aus Brüssel und sanieren ein Land mit einem Zauberstab.

Die Stärke der NATO hängt von der Laune des US-Präsidenten ab

Die großen Staatenlenker glauben, dass sie die Konflikte im Griff haben. Dass das blanke Selbstüberschätzung ist, zeigt sich am Zustandekommen der Kriege. Besonders krass war das beim Start des Ersten Weltkriegs. Da hatten alle Staatskanzleien Mühe festzustellen, mit wem man gerade in welchem Ausmaß verbündet sei. Auch beim Zweiten Weltkrieg waren die Allianzen erst zu klären.

Sollte es zum Dritten kommen, wird es nicht anders sein. Wie genau die Beistandspflicht innerhalb der NATO zu verstehen ist, muss erst geklärt werden. Genügen Waffenlieferungen, müssen Soldaten eingesetzt werden, wie sehen die Einsätze aus, wer kommandiert. Man denke nur an General de Gaulle, der Frankreich zu einer Art NATO-Mitglied mit einem Sonderstatus gemacht hat, bei dem die Verteidigung des eigenen Landes Vorrang hat. Oder an den Umstand, dass jedes Mitglied seine Armee selbst gestaltet. Die Armeen der 24 nicht-neutralen EU-Staaten bilden keine Einheit. Die Beistandspflicht ist auch in der EU verankert, doch ist die Regelung noch schwammiger als in der NATO. Schweden, Irland und Österreich sind neutral, unterliegen aber auch den EU-Beistandsregeln, ohne dass jemand weiß wie deren Beistand aussehen soll. Die NATO gibt es nur, wenn der US-Präsident die US-Army, die US-Air Force und die US-Navy in Gang setzt. Alles andere ist Schimäre.

Über den Bestand des Weltfriedens entscheiden Zufälle

Pannen können einen Krieg auslösen. 1962 hatte die Sowjetunion in Kuba ein großes Arsenal an Atomraketen installiert, um von der Insel aus die USA bombardieren zu können. Am 27. Oktober 1962 verhinderte Wassili Alexandrowitsch Archipow, ein Offizier des sowjetischen U-Boots B-59 vor Kuba, eine nukleare Katastrophe. Ein US-Zerstörer hatte das U-Boot mit Wasserbomben zum Auftauchen gezwungen. Das Schiff hatte Befehl, bei einem Angriff einen Atomtorpedo abzufeuern. Archipow weigerte sich und fragte in Moskau an, ob der Befehl tatsächlich durchzuführen sei. Dies wurde verneint, weil die damaligen Präsidenten John F. Kennedy und Nikita Chruschtschow an einer friedlichen Lösung arbeiteten, die auch zustande kam und zum Abbau der Waffen in Kuba und im Gegenzug zur Reduktion der amerikanischen Präsenz in der Türkei führte.

- Der kubanische Präsident, Fidel Castro, und der Revolutionär Che Guevara, zu dieser Zeit Industrieminister von Kuba, waren wütend, dass Chruschtschow den Einsatz von Atomwaffen in der Auseinandersetzung mit den USA verboten hatte. Sie erklärten, das kubanische Volk sei bereit, die Folgen eines Atomkriegs auf sich zu nehmen. Chruschtschow schrieb Castro einen Brief und betonte, dass er die unweigerlich katastrophalen Folgen eines Atomkriegs für Russland vermeiden müsse. Ob Putin dieser Weisheit auch folgen wird?

Im vergangenen September 2022 verstand ein russischer Pilot einen Befehl der Bodenstation falsch und glaubte, er solle ein britisches Spionageflugzeug über dem Schwarzen Meer abschießen. Eine Rakete wurde auch tatsächlich gestartet. Ein technischer Fehler verhinderte die Katastrophe, die als russischer Angriff auf ein Flugzeug des NATO-Mitglieds Großbritannien einen Krieg NATO gegen Russland hätte auslösen können.

Im November 2022 wurde ein polnisches Dorf durch eine russische Rakete getroffen, womit auch ein Russland-NATO-Konflikt hätte entstehen können. Die Ukraine beeilte sich aber, die russische Bombe als ukrainischen Irrläufer aus russischer Produktion umzudeuten.

Kurzum: Wenn kein Archipow Dienst hat, wenn eine Rakete nicht einen technischen Fehler hat und Pannen nicht durch Erklärungen kaschiert werden können, wird der ohnehin brüchige und durch zahlreiche Kriege gestörte Weltfrieden sehr rasch durch einen Weltkrieg abgelöst.

Die Gefahr eines Weltkriegs geht derzeit nicht allein von den polnischen Kabalen, den russischen Aggressionen, den chinesischen Weltmachtambitionen oder den iranischen Beschimpfungen des Westens aus. Entscheidend ist der Umstand, dass die Arsenale fast aller Staaten durch den seit Jahren anhaltenden Rüstungswettlauf prall gefüllt sind und jederzeit irgendein Politiker irgendwo auf der Welt zu den schon bestehenden Konflikten einen weiteren Krieg beginnen kann, der nicht auf eine Region beschränkt bleibt.

Weiterlesen

- [Polen kritisiert Deutschland: Zu wenig Hilfe für Ukraine](#)
- [EU-Abgeordneter dankt USA für Zerstörung von Nord-Stream-Pipelines](#)
- [Ex-Nato-Kommandeur: Der Westen fürchtet einen Sieg der Ukraine](#)

Ronald Barazon war viele Jahre Chefredakteur der Salzburger Nachrichten. Er ist einer der angesehensten Wirtschaftsjournalisten in Europa und heute Chefredakteur der Zeitschrift „Der Volkswirt“ sowie Moderator beim ORF.